



PROTOKOLL

DER 5. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

| | | |
|-------------------------|--|--------------------------|
| Datum, Zeit, Ort | Donnerstag, 9. November 2006 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall | 18.40 – 22.10 Uhr |
| Präsenz | 17 Einwohnerräte (ER) 5 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin Zentralverwalter Rechnungsprüfungskommission (RPK) | |
| Vorsitz | ER-Präsident Markus Anderegg (FDP) | |
| Entschuldigt | ER Walter Herrmann (FDP) ER Thomas Theiler (CVP) ER Nil Yilmaz (SP) | |
| Protokoll | Das Protokoll der 4. Sitzung vom 24. August 2006 hat im Ratsbüro zirkuliert. Von ER Christian Di Ronco wurde eine kleine Änderung auf Seite 38 beantragt. Sie wurde vorgenommen. Sonst liegen keine Beanstandungen vor. Es wird einstimmig genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt. | |
| Mitteilungen | - Trottentheater Neuhausen am Rheinfall, 2 Freikarten | |
| Neueingänge | - Kleine Anfrage von Ernst Schläpfer (SP) betreffend neues Bewertungssystem für Mitarbeitende der Gemeinde Neuhausen - Interpellation von Willi Josel (SVP) betreffend Lift vom Oberberg zur Unterführung für die Bewohner des Altersheims Schindlergut | |
| Offene Geschäfte | - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GSM/UMTS - Volksmotion: Mobilfunkantennen | |
| Traktandenliste | <ol style="list-style-type: none"> 1. Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2007 2. Budget 2007: Genehmigung Budget und Steuerfuss 2007 3. Bericht und Antrag der einwohnerrätlichen Kommission betreffend Erneuerung der Kehrrechtbehandlungsanlage KBA Hard 4. Bericht und Antrag betreffend Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge 5. Bericht und Antrag betreffend Feuerwehrverordnung per 1. Januar 2007 6. Beantwortung Interpellation Walter Herrmann betreffend Massnahmen gegen Vandalismus und Unordnung | |

Die Traktandenliste wird genehmigt.



ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur 5. Sitzung des Einwohnerrates hier in diesem Saale und stelle die Traktandenliste zur Diskussion.

Gestatten Sie mir als Präsident eine übergeordnete Vorbemerkung zum heutigen Abend:

Zu den Traktanden 2 (Budget mit Steuerrabatt) und 3 (Vorlage KBA Hard) möchte ich Ihnen folgende übergeordneten Tatsachen für unsere, wie das Ortsmarketing so treffend schreibt, lebens- und liebenswerte Gemeinde Neuhausen am Rheinfall in Erinnerung rufen. Bei beiden Traktanden geht es im weitesten Sinne auch um Fragen der Standortattraktivität. Solide Finanzen und ein attraktives Steuerniveau ist für unsere Gemeinde von grossem Interesse, weil wir, ob wir wollen oder nicht, bekanntlich über dem Rhein im Kanton Zürich ein noch attraktiveres Steuerniveau vorfinden und wir deshalb als Wohn- und Geschäftssitz für potente Zuzüger hart kämpfen müssen. Mit der Kläranlage Röti sowie der KBA Hard wird sowohl das gesamte Abwasser wie auch der gesamte Kehricht von der Stadt Schaffhausen und den Zürcher Gemeinden Feuerthalen /Flurligen über Neuhausen am Rheinfall entsorgt. Das verursacht in mehrerer Hinsicht grosse Transport- und Geruchsimmissionen auf den schon überbelasteten Strassenachsen ausgerechnet durch unsere Wohnquartiere Schaffhauserstrasse/Klettgauerstrasse sowie Rosenbergstrasse/Engstrasse. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet aus der Stadt Schaffhausen immer wieder ablehnende Voten zum Galgenbucktunnel zu hören sind, vornehmlich aus Grünen Kreisen, die Ökologie und Lebensqualität dann aber, wenn es um Neuhausen geht, plötzlich nicht mehr so wichtig erscheint. Diese Entsorgungstransporte müssen in naher Zukunft zwingend über den Galgenbucktunnel abgewickelt werden. Auch wir in Neuhausen dürfen über gewisse Zentrumslasten klagen.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2007

Eintretensdebatte:

ER Gerhard Schwyn (FDP)

Der Stellenplan liegt vor und das Budget 2007 basiert unverändert auf 174 Stellen. Das ist erfreulich. Unklar ist für mich, dass darüber separat abgestimmt wird. Meiner Meinung nach ist der Stellenplan budgetabhängig oder auch umgekehrt. Falls wir dem Stellenplan nicht zustimmen, brauchen wir auch nicht über das Budget abzustimmen. Oder stimmen wir zuerst über die finanziellen Mittel ab, die wir dem Gemeinderat zur Verfügung? Na ja! Offenbar ist es so wie es ist. Eine Frage sei doch in diesem Zusammenhang erlaubt. Mir persönlich war nicht bekannt, dass mit Herr David Knecht, der ja Erbschaftsschreiber ist, sich als Leiter des Rechtsdienstes des Neuhauser Sozialreferates bezeichnen darf. Aber für solche Informationen hat man ja die Zeitung. Die FDP Fraktion ist für Eintreten und für die Annahme dieses Stellenplanes wie er vorliegt.

ER Willi Josel (SVP)

Besten Dank für den Bericht. Ich finde ihn sehr informativ. Ich lese heraus, dass da der Gemeinderat Disziplin übt und möchte auch positiv erwähnen, dass man die Lehrlinge und die Behinderten aus dem Plan herausnimmt und dass man sie separat führt. Wir werden diesem Stellenplan zustimmen und sind auch für Eintreten.

ER Jakob Walter (SP)

Wir hatten selbstverständlich keine Zeit mehr, dieses Traktandum zu besprechen. Aber ich bekam auch auf dem Korrespondenzweg keine dringenden Vetos mehr zu hören. Deshalb werden meine Kolleginnen und Kollegen vermutlich eintreten und zustimmen.



ER Christian Di Ronco (CVP)

Auch die CVP hat den Stellenplan studiert, nachdem sie in kurz vor Torschluss noch erhalten hat. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass nächstes Jahr mit dem gleichen Pensum gearbeitet wird wie dieses Jahr und werden darauf eintreten und zustimmen.

Ich möchte noch etwas anfügen: Wir wären froh, wenn wir künftig die Unterlagen für die Vorbereitung zur Einwohnerratssitzung pünktlich bekommen würden. Dieses Mal war es sehr knapp und wir hatten Fraktionen z.T. ohne Unterlagen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme des Stellenplans. Sie haben die Ergebnisse des Stellenplans mehr als rechtzeitig im Budget gesehen. Wenn sich Veränderungen im Stellenplan abgezeichnet hätten, dann hätte man das bei den Konten xx.301 sehen können oder müssen. Es ist ja ein unveränderter Stellenplan gegenüber dem letzten Jahr. Was neu ist, wir haben wirklich das erste Mal abgeglichen auf die effektiven Lohnsummen. Und ich kann Ihnen sagen, dass nun wirklich das theoretische Ergebnis mit dem effektiven Ergebnis übereinstimmt. Man weiss wirklich nie genau, wie kommt es heraus, wenn man eine solche Prüfung macht. Ich bin froh, dass es gut herausgekommen ist. Die Unterlagen sind knapp zu Ihnen gekommen, aber einige sind mehr als rechtzeitig bei Ihnen gewesen. Das Budget und die Grundeigentümerbeiträge sind sehr früh bei Ihnen eingegangen. Der Stellenplan ist bei Ihnen relativ knapp eingegangen. Das hat auch damit zu tun, dass wir eine knappe personelle Struktur feststellen mussten. Der Zentralverwalter konnte in der ersten Hälfte des Jahres nicht 100 %-ig arbeiten aus diversen Gründen und diesen Rucksack tragen wir bis jetzt in den Herbst hinein mit uns mit und sind daran es sukzessive abzuarbeiten und sind deshalb froh, dass er es doch noch geschafft hat, uns alles relativ rechtzeitig zu erstellen. Und was wichtig ist, ist dass die Zahlen stimmen. Die Frage der FDP, was soll zuerst kommen. Das ist etwa wie das Huhn und das Ei. Das überlasse ich eigentlich der präsidialen Führung des Einwohnerrates, ob er diese Traktanden zusammen nehmen will oder nicht. Wir müssen Ihnen aufgrund der Verfassung einen Stellenplan vorlegen.

Detailberatung:

ER Ernst Schläpfer (SP)

Seite 2:

Ich hätte gerne eine Erklärung für diese Darstellung. Offensichtlich sind am 30. September 2006 180.40 Stellen besetzt gewesen. So lese ich es zumindest und sonst hätte ich es völlig falsch verstanden. Zwischen Januar und September 2006 waren aber effektiv nur 167.76 Stellen besetzt. Also man hat kurzfristig aufgestockt. Wenn man das genau anschaut, dann hat man vor allem im Altersheim oder in der Sozialen Wohlfahrt um doch etwa 9 Stellen. Was soll diese Darstellung oder was soll sie bezwecken und wie stockt man das wieder ab? Was sind das für Leute, die man aufgestockt hat? Man hat Leute eingestellt und muss nun wieder 6 Personen entlassen, dass man auf die 174 Stellen kommt.

GP Stephan Rawyler

Wir haben Ihnen bis jetzt nur den 30. September als Stichtag präsentiert. Wir hatten immer ein ungutes Gefühl, weil das immer nur eine Momentaufnahme ist. Die Momentaufnahme 30. September 2006 fällt sehr krass aus dem Rahmen, das muss man sagen. Wir haben hier verschiedene Sonderfaktoren. Es gibt nicht nur Mutterschaftsurlaube in der Einwohnerkontrolle. Das führt zu Doppelbesetzungen. Ich kann Ihnen sagen. In der Einwohnerkontrolle hat eine Dame ein Kind gekriegt und die hat auf Ende Mutterschaftsurlaub gekündigt. Die neue Dame ist schon hier, sprich zwei Löhne. Ähnliche Sachen haben wir auch im Bereich der Heime. Wir haben z.T. Doppelbesetzung, auch im Sozialreferat. Dort wird es noch mehr geben. Das sind die Schwankungen, die nun hier voll durchschlagen. Es hätte auch auf die andere Seite ausfallen können. Hätten wir vielleicht Juli genommen, dann hätte es ganz anders ausgesehen. Das sollte eben durch das Jahr hinweg wieder korrigiert werden. Deshalb war ich auch dafür, dass wir Ihnen den Durchschnitt Januar bis September 2006 zeigen. Das ist eigentlich die relevante Aussage. Um Ihnen aber den Anschluss zu ermöglichen an den Stellenplan der früheren Jahre habe ich den 30. September 2006 dennoch wieder aufgenommen. Ich war mir aber bewusst, dass ich damit sicherlich Fragen auslöse. Wenn ich ihn aber weggelassen hätte, dann wäre die Fragenrunde noch viel lauter gewesen, dass der Gemeinderat etwas verheimlichen will. Nein, er will nichts



verheimlichen. Er will Ihnen nur zeigen, wie problematisch es ist, wenn man eine Blitzlichtaufnahme von einem Tag macht.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Ich bin nicht ganz befriedigt von dieser Antwort, weil vorne auf der Seite 1 geschrieben wird "... Dies betrifft insbesondere Personen mit Und vorübergehende Doppelbesetzungen bei Vakanzen ...". Er schreibt vorne, dass er diese weglässt und hinten argumentiert der Gemeinderat mit solchen Doppelbesetzungen. Das ist jetzt schon ein bisschen erstaunlich.

GP Stephan Rawyler

Ich kann das Erstaunen von ER Ernst Schläpfer verstehen, kann das Rätsel aber lösen. Im Budget sind keine Doppelbesetzungen, keine Lehrlinge, keine Sonderfälle z.B. Impuls-Programm und ähnliche Fälle. In den effektiven Lohnzahlungen sind diese auch drin enthalten. Also 30. September 2006 und Januar bis September 2006 enthält eben auch diese Personen. Die effektiven Personen. Wir müssen diese Personen bezahlen. In der Rechnung erscheinen auch diese wieder. Aber wir budgetieren nicht damit.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Ah, jetzt habe auch ich es begriffen und verstehe die ganze Situation.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Seite 5:

Hier habe ich noch eine Frage zur Position "Schulvorsteher/Schulleitung". Die sind von Januar bis September 2006 mit 0.00 eingesetzt. Wurde die Stelle bis jetzt nicht besetzt?



GP Stephan Rawyler

Das ist wieder eine Besonderheit, die Ernst Schläpfer entdeckt hat. Der kommt ja via Kanton. Wir bezahlen also dem Kanton einen Lohn, aber die Entlastungsstunden bezahlen wir selbst. Die Korrektur erfolgt nicht während des Jahres sondern erst mit der Rechnung. Was Sie hier sehen, ist wirklich die Abbildung aus dem Lohnprogramm, wie mir der Zentralverwalter hier nochmals versichert hat.

Antrag:

Für das Jahr 2007 werden 174 Stellen bewilligt.

Der Antrag wird mit 17: 0 Stimmen (einstimmig) angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 2 Budget 2007: Genehmigung Budget und Steuerfuss 2007

GP Stephan Rawyler

Namens des Gemeinderates beantrage ich Ihnen auf das Budget 2007 einzutreten und den schriftlich niedergelegten Anträge, wie Sie sie im gelben Heft finden, zuzustimmen. Seit vielen Jahren können wir Ihnen wieder einmal vorschlagen, den Steuerfuss nicht unverändert zu lassen, sondern für diesen einen um 1 Steuerfusspunkt tieferen Steuersatz von 102 % zu erheben. Dies darf mit Blick auf die vergangenen Jahre doch als eine grössere Überraschung bezeichnet werden. Denn noch vor einigen Jahren musste der Finanzreferent bei der Präsentation des Budgets jeweils von einem in Aussicht stehenden massiven Defizit berichten. Diese Defizite verwirklichten sich zwar beinahe regelmässig nicht, dennoch konnte und durfte nicht mit besonderen Einnahmen gerechnet werden. Für die Veränderungen im Budget 2007 sind die folgenden drei Hauptpunkte zu erwähnen, welche ermöglichen, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern einen Steuerrabatt einzuräumen:

- In den letzten vier Jahren hat sich das Steueraufkommen nicht zuletzt aufgrund der Ansiedlung verschiedener neuer Firmen spürbar erhöht, ungeachtet der Steuererleichterungen, welche die jüngsten Revisionen des Steuergesetzes mit sich brachten:

| Jahr | Budget | Rechnung | Differenz |
|-------------|---------------|-----------------|------------------|
| 1999 | 21'908'000 | 22'939'521 | 1'031'521 |
| 2000 | 22'123'100 | 23'696'849 | 1'573'749 |
| 2001 | 23'805'000 | 23'565'473 | -239'527 |
| 2002 | 24'428'000 | 26'618'123 | 2'190'123 |
| 2003 | 24'610'000 | 27'222'747 | 2'612'747 |
| 2004 | 25'775'000 | 28'315'457 | 2'540'457 |
| 2005 | 26'220'000 | 27'100'000 | 880'000 |
| 2006 | 27'715'000 | | |

Für das laufende Jahr sieht es wiederum danach aus, dass die budgetierten Steuererträge überschritten werden. Die gute Wirtschaftslage dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass die beiden jüngsten Revisionen des Steuergesetzes, welche bei der Gemeinde Steuerausfälle von rund Fr. 1.2 Mio. bewirkten (Fr. 350'000.00 aufgrund der höheren Kinderabzüge und



Fr. 850'000.00 wegen des Ehegattensplittings), weitgehend aufgefangen werden konnten. Zudem zahlen die juristischen Personen - alteingesessene wie neu zugezogene - deutlich mehr Steuern. Der Gemeinderat will aber keine zu hohen Erwartungen wecken, weshalb er die Reduktion des Steuerfusses ausdrücklich als Steuerrabatt und einstweilen beschränkt für das Jahr 2007 beantragt. Sollten sich namentlich bei den juristischen Personen spürbare negative Veränderungen ergeben, müsste die Höhe des Steuerfusses in den kommenden Jahren wieder neu diskutiert werden. Ich denke dabei insbesondere an die Situation bei der SIG, welche mir wie auch vielen Neuhauserinnen und Neuhausern Kummer bereitet. Mit dem gewählten Schritt leistet die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall einen namhaften Beitrag an die Attraktivierung unserer Region. Insbesondere nähern wir uns sukzessive dem Steuerniveau im Zürcherischen Weinland. Es ist aber auch dieses Jahr wiederum darauf hinzuweisen, dass neben dem Steuerfuss der Steuertarif entscheidend ist. Dieser ist im Kanton Schaffhausen für den Mittelstand im Verhältnis zum Kanton Zürich nach wie vor zu belastend.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die optimistisch budgetierten Steuereinnahmen eingehen werden. Folgt der Einwohnerrat dem Gemeinderat, so verfügt Neuhausen am Rheinflall im Vergleich zur Stadt Schaffhausen weiterhin über einen deutlich tieferen Steuerfuss.

- Eine spürbare Verbesserung brachte die Absicht des Kantons, die Steuerverwaltung ab 2007 ohne Entschädigung zu übernehmen. Dies führt zu einer Entlastung der Gemeinde von gegen Fr. 450'000.00. Der Gemeinderat sieht einstweilen hier keinen Anlass etwas anderes zu budgetieren, auch wenn die Vorlage zu gewissen Verwerfungen im Kantonsrat geführt hat. Wir sind nach wie vor optimistisch, dass am nächsten Montag die Vorlage vom Kantonsrat verabschiedet wird und in Kraft treten kann.
- Ebenfalls zu einem positiven Abschluss beigetragen hat die schon von meinem Vorgänger im Finanzreferat praktizierte Politik, wenn immer möglich zusätzliche Abschreibungen vorzunehmen. Namentlich die Erträge aus dem Nationalbankgold erlauben 2006 substantielle zusätzliche Abschreibungen. Würde der Einwohnerrat wider Erwarten eine andere Verwendung des Nationalbankgolds vorsehen, würde sich eine Verschlechterung des Budgets um wenigstens Fr. 250'000.00 ergeben. Mit der vom Gemeinderat gewählten Lösung, namentlich des Steuerrabatts ist dagegen gewährleistet, dass die gesamte Bevölkerung vom Nationalbankgold profitieren kann.



Erstmals seit wohl vielen Jahren wies bereits das Rohbudget kein Defizit aus. Der Gemeinderat hat dennoch wie gewohnt jeden Budgetposten eingehend beraten und nach Sparmöglichkeiten gesucht und auch gefunden, so dass sich trotz des tieferen Steuerfusses ein Ertragsüberschuss von Fr. 50'300.00 ergab. Dabei soll nicht auf Kosten des Personals gespart werden, weshalb eine ansehnlich Summe für generelle und individuelle Lohnanpassungen vorgesehen ist. Die Lohnsteigerungen, die vorgesehen sind, lassen sich in der gesamtschweizerischen Sicht durchaus sehen. Wir müssen uns hier in Neuhausen am Rheinfall nicht verstecken. Damit kann vermieden werden, dass es zu unliebsamen Diskrepanzen im Lohngefüge im Vergleich zum Kanton und zur Stadt Schaffhausen kommt.

Nicht zu befriedigen vermögen die Einnahmen weiterhin bei der Abwasserreinigung sowie bei der Grünabfuhr. Beide Bereiche sind mit einem Nettoaufwand von Fr. 359'000.00 respektive von Fr. 276'000.00 klar defizitär, obwohl der Bund eine ausgeglichene Rechnung vorschreibt. 2007 schlägt sich der Bau des Alters- und Pflegeheims Rabenfluh im Budget nieder, indem die Heime einen massiven Nettoaufwand budgetiert haben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Personalbestand nun wieder aufgestockt werden muss, ohne dass auf der Einnahmenseite bereits entsprechende Entgelte fließen. Ich darf Sie daran erinnern, dass namentlich für die Demenzabteilung längere Ausbildungen zu absolvieren sind. Also eine entsprechende Aufbauarbeit geleistet werden muss. Sobald beide Heime wieder einen Normalbetrieb haben, ist aber zu erwarten, dass wie in den vergangenen Jahren einigermaßen ausgeglichene Rechnungen präsentiert werden können.

Kaum eine Entspannung zeichnet sich im Bereich der Sozialhilfe ab, die nach wie vor Mehrkosten verursacht, auch wenn die Höchstzahlen von 2004 nicht mehr erreicht werden sollten. Durch die Einführung des Neuen Finanzausgleichs dürfte sich für die Gemeinde eine gewisse Entlastung ergeben.

Die degressiven Abschreibungen erfolgen gemäss dem kantonalen Finanzhaushaltsgesetz wiederum mit einem Satz von 10 %. Dadurch können wir unseren Gläubigern recht gute Finanzkennzahlen liefern, was sich in erfreulich tiefen Zinssätzen bei den Darlehensschulden niederschlägt.

Das Investitionsbudget liegt deutlich über demjenigen der Rechnung 2005. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Werke nun auch im Budget konsolidiert sind. Zudem fallen sehr grosse Investitionen wie die Unterführung Zollstrasse an, welche spürbar zu Buche schlagen. Die



vorgesehenen Investitionen sollten von der Verwaltung zu bewältigen und von der Gemeinde zu finanzieren sein. Dabei helfen die nach wie vor sehr tiefen Zinsen enorm. Der sich in Arbeit befindliche Finanzplan zeigt, dass auch in 2008 und 2009 noch mit sehr hohen Investitionen zu rechnen ist. Das ist auch auf die vom Volk bewilligten Projekte zurückzuführen. Es ist nochmals das Alters- und Pflegeheim Rabenfluh zu erwähnen, die Zollstrasseunterführung wird markant zu Buche schlagen. Wie momentan der Finanzplan aussieht, sollte sich dann in den folgenden Jahren eine gewisse Entspannung ergeben.

Die Werke sind im Budget 2007 wiederum konsolidiert dargestellt, was dem Gemeindegesetz entspricht. Ein direkter Vergleich dieses Budgetteils mit der Rechnung 2005 fällt nicht einfach, da die Separatrechnungen teilweise andere Konten und Verbuchungen aufwiesen. Das Wasserwerk wird 2007 voraussichtlich einen etwas tieferen Beitrag an die Gesamtrechnung leisten als bis anhin. Das Gaswerk wird dagegen 2007 ein klar besseres Ergebnis vorweisen. Die vorgesehenen Investitionen sind erforderlich, um ein gut funktionierendes Gas- und Wassernetz in unserer Gemeinde erhalten zu können. Zudem ist auch hier dran zu erinnern, dass sich die Investitionen deutlich gegenüber den Vorjahren erhöht haben, da auch das Gas- und das Wasserwerk Investitionen für die Unterführung Zollstrasse tätigen müssen.

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget 2007 bereits geprüft und keine ins Gewicht fallenden Verbesserungen mehr gefunden. Dies zeigt, dass der Gemeinderat alle realistischen und auch effektiv realisierbaren Sparmöglichkeiten genutzt hat. Zu danken habe ich dem Zentralverwalter, der in gewohnt speditiver und zuverlässiger Weise die Budgetzahlen zusammengetragen und immer wieder geduldig neue grössere und kleinere Änderungen im Budget nachgetragen hat. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich meinen Kollegen im Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung, indem alle mitgeholfen haben, das vorliegende Budget aufzustellen und auch gewillt sind, dieses auch einzuhalten. Vom Dank nicht ausnehmen, will ich selbstverständlich auch die Rechnungsprüfungskommission. Wir sind um deren Arbeit sehr froh und dankbar für Hinweise, denn nur zusammen kommen wir weiter. Wir sind froh, wenn wir in der gewohnten Art und Weise und guten Atmosphäre wie bis anhin zusammenarbeiten können.

Es freut mich sehr, dass Neuhausen am Rheinfall und der Kanton Schaffhausen stetig attraktiver werden. Die SIG Immobilien beispielsweise hat Millionbeträge in die Renovation des Gebäudes der Curtiss-Wright investiert, weil sie an Neuhausen am Rheinfall als Industriestandort glaubt. An der Victor-von-Bruns-Strasse konnte jüngst die Aufrichtfeier für zwei sehr schöne, moderne Bürogebäude begangen werden. An der Schützenstrasse, an der Birchstrasse sowie auf dem

Grundstück des ehemaligen Hotels Bellevue sind die Bauarbeiten im Gange oder die Planung für die Errichtung von grosszügigen Eigentumswohnungen ist bereits abgeschlossen, so dass in naher Zukunft der Bau beginnen kann. Ebenfalls weit fortgeschritten ist die Planung für Lofts in der unter Heimatschutz stehenden ehemaligen Kartenfabrik AGMüller. Die Überbauung des Grundstücks Gemeindewiesen schliesslich kommt ebenfalls gut voran. Studien der Credit Suisse bestätigen denn auch, dass unser Kanton insbesondere für Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser sehr beliebt ist. Die Verbesserung der Zugverbindungen in den Raum Zürich in den kommenden Jahren wird diese Entwicklung noch verstärken, so dass wir für die Zukunft von Neuhausen am Rheinfall als Wohn- und Arbeitsort getrost optimistisch sein dürfen.

GP Stephan Rawyler erläutert an dieser Position noch einige Powerpoint Folien.

Hans Schärner, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2007 eingehend geprüft. Wiederum dürften wir feststellen, dass im Gemeinderat und in der Verwaltung der Budgetprozess ernst genommen wird. Es wird nicht einfach hochgerechnet, man hinterfragt die einzelnen Positionen sorgfältig. Dafür und für das gute Einvernehmen und die gute Zusammenarbeit möchte ich mich im Namen aller RPK Mitglieder bei Gemeinderat und Gemeindepersonal, insbesondere bei der Zentralverwaltung, herzlich bedanken.

Die RPK nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das Budget 2007 mit einem ausgeglichenen Gemeindehaushalt rechnet. Der budgetierte Ertragsüberschuss von gegen Fr. 50'000.00 ist nicht berauschend und angesichts der normalen Budget Ungenauigkeiten wohl eher zufällig. Das gute Resultat basiert ferner auf der Annahme, dass der Kanton die Steuerverwaltung ohne Abwälzung der Kosten übernimmt. Wir weisen darauf hin, dass das Budgetresultat nicht zuletzt auch auf die Entnahmen von mehr als einer halben Million Franken aus dem Fond für Gemeindeentwicklung zurückzuführen ist. Die Entnahmen entsprechen dem Zweck des Fonds und dessen Dotierung ist hoch genug, so dass wir gegen diese Entnahmen keine Einwände haben.

Die budgetierte Zunahme bei den Steuern ist beachtlich. Die Zunahme kommt vorallem durch erwartete höhere Erträge von Seiten der juristischen Personen zu Stande. Die derzeitigen Konjunkturprognosen und erklärbare Sondereffekte (z.B. Unilever) lassen den Schluss zu, dass die vorgelegten Budgetwerte bei den Steuern zwar optimistisch aber durchaus realistisch sind.



Angesichts des vorgelegten Budgetresultates kann die RPK dem Ansinnen des Gemeinderates, 2.5 % der beeinflussbaren Lohnsumme für die individuelle Lohnverbesserungen einzusetzen, zustimmen.

Das Niveau der Investitionen ist weiterhin recht hoch. Die Zahl von über Fr. 11 Mio. enthält Investitionen der Werke von gegen Fr. 2.4 Mio. Wir bitten, dies bei einer Wertung entsprechend zu beachten. Die RPK stellt dazu fest, dass sich das Investitionsvolumen nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bewegt. Allerdings hat sich durch die ausserordentlichen Abschreibungen per 2006 der Druck etwas verringert. Wir sind aber der Meinung, dass dieser Umstand uns nicht verführen soll, in diesem Bereich unvorsichtig zu werden.

Durch die Gewährung eines Steuerrabattes von 1 Punkt gibt die Gemeinde die positiven Einflüsse des Unilever-Effektes direkt an den Bürger weiter. Der positive Einfluss der Nationalbankgelder – der Abschreibungsbedarf für zukünftige Rechnungen wird wesentlich verringert – muss bei der Wertung dieser Entscheidung mitberücksichtigt werden. Die RPK hält nach intensiven Diskussionen und unter Beachtung der ihr derzeit zur Verfügung stehenden Zahlen fest, dass der geplante Steuerrabatt verantwortet werden kann. Das Fehlen eines aktuellen Finanzplanes oder eines aktualisierten Finanzplanes bei der Bewertung hat uns gefehlt – ein solcher ist uns aber vom Gemeinderat in Aussicht gestellt worden – hat uns allerdings die Wertung nicht leicht gemacht.

Die RPK stellt fest, dass der Voranschlag den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und des Rechnungswesens entspricht. Die Abschreibungen erfolgen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Dabei gilt zu beachten, dass als Grundlage ein theoretischer Bilanzwert per 31.12.2006 dient. Dieser Wert wird durch die ausserordentlichen Abschreibungen in Folge der Nationalbankgelder wesentlich beeinflusst. Der definitive Rechnungsabschluss 2006 wird dann zeigen, wie stimmig dieser errechnete Bilanzwert wirklich ist (das ist aber bei jedem Budget so!). Die integrierten Budgets der Werke sind auch für 2007 aufgrund von Konsolidierungsannahmen und Hochrechnungen aus dem Jahr 2006 erfolgt. Gesicherte Basiswerte aus abgeschlossenen Rechnungen werden uns erst für das Budget 2008 vorliegen.

Die RPK beantragt auf das Budget einzutreten und den Anträge des Gemeinderates zuzustimmen.

*Eintretensdebatte:*ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP hat sich intensive mit dem Budget 2007 befasst und ist mit Ergebnis zufrieden. Ja man kann sogar sagen: "Freude herrscht!". Was wir bei der letzten Budgetberatung vorausgesehen haben, nämlich "Morgenstund hat Gold im Mund" ist wahr geworden. Das erste Mal seit Jahren wird mit einem Überschuss budgetiert. Wir freuen uns jetzt schon auf ein tolles Ergebnis mit Blick auf die Rechnung 2007. Auch in diesem Jahr überrascht uns die eher vorsichtige Haltung des Gemeinderates bei der Budgetierung der Steuereinnahmen. Da sind wir auch anderer Meinung als die RPK. Wenn wir die Zahlen vergleichen mit der Rechnung 2005, dann budgetieren wir gerade Mal Fr. 82'000.00 höher. Wir werden jetzt hören, das ist wegen den Auswirkungen des Steuergesetzes. Einerseits mag das stimmen, andererseits vergleicht man die Situation der Wirtschaft mit 2005 und 2007, dann können wir klar feststellen. Es boomt und boomt. Die Wirtschaft läuft gut bis sehr gut und das hat Auswirkungen auf die Ergebnisse der Unternehmen. Auf die Lohntüte der Arbeitnehmer und das nicht zu Ungunsten der Gemeindekassen. Wir haben auch schon das alte Lied der Sonderfaktoren gehört betreffend den Steuereinnahmen. In den letzten Jahren hat sich dieses Lied eher positiv als negativ bemerkbar gemacht. Die CVP ist auch einverstanden mit der Verwendung der Goldmillion für den Schuldenabbau. Das lässt der Gemeinde genügend Spielraum, um das heutige nach wie vor hohe Investitionsvolumen zu tätigen und es stehen auch noch künftige Investitionen vor der Türe. Er ermöglicht auch einen Steuerrabatt für das Jahr 2007 zu gewähren. Auch wenn dieser auf den ersten Blick kleinkrämerisch erscheint, ist es ein wichtiges und richtiges Zeichen für unsere Neuhauser Bevölkerung und für unseren Standort. Eine kleine Unsicherheit bleibt. Nämlich die budgetierte Kostenersparnis, welche es durch die Zentralisierung des Steuerwesens beim Kanton ergibt. Diese Vorlage ist ja noch nicht durch und wir erwarten von unseren Neuhauser Kantonsräten, dass sie sich klar für eine Zentralisierung aussprechen. Die CVP stellt sich auch nicht gegen die ansehnliche Erhöhung der Lohnsumme von 2.5 % für das Personal. Gerne möchten wir vom Gemeinderat hören, wie diese Zahl zustande gekommen ist. Die Teuerung wird ja in diesem Jahr mit ca. 1.2 % ausfallen. Vergleicht man nun die 1.5 % von letztem Jahr mit den 2.5 % in diesem Jahr gibt das eine Steigerung von 70 %! Wer gute Arbeit leistet, soll auch entsprechend bezahlt werden und wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat die individuelle Verteilung der Lohnerhöhung nicht nach dem Giesskannenprinzip vornimmt. Bei den Werken halten wir uns mit



Kommentaren zurück, gibt es doch Spezialisten in unseren Reihen, welche sich sicher noch zu Wort melden werden. Bei der Detailberatung werden wir uns bei einzelnen Positionen zu Wort melden. Wir danken dem Gemeinderat, der RPK und der Verwaltung für die gute Erstellung des Budgets und für die Einhaltung. Die CVP wird auf das Budget eintreten und den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

ER Willi Josel (SVP)

Die Budgetzahlen sind erfreulich. Warum sollten sie es nicht sein? Rundherum sind die Zahlen, ja sogar über dem Rhein sind die Zahlen erfreulich, also warum sollte das bei uns nicht auch so sein. Wir wollen das positiv so festhalten. Und weil's so positiv ist, nehme ich die Lohnerhöhung von 2.5 %, die jetzt angesprochen worden ist. Ich habe allerdings andere Zahlen, was die Teuerung betrifft. Eine Medienmitteilung Departement EDI vom 02.11.2006 entnehme ich, dass die Jahresteuern auf 0.3 % ausfällt. Wir sind trotzdem dafür, dass man den gut arbeitenden Mitarbeiter einen Betrag bezahlt. Wir sind auch dagegen, dass es nach dem Gieskannenprinzip laufen wird. Wir sind mit dem Satz von 2.5 % einverstanden. Leistung muss sich lohnen. Ein Prinzip der SVP. Bei den Sozialkosten haben wir vorhin gesehen, wie es geht. Wir werden denn bei Seite 60 in der Detailberatung einige Anmerkungen anbringen und Fragen stellen. Die Steuersituation. Es gibt überall Senkungen. Wir haben vom Gemeinderat gehört, die Stadt Schaffhausen wird immer noch die grosse Differenz haben. Das wird sich aber am nächsten Dienstag radikal ändern, weil man hört – und man liest es auch in der Zeitung – dass es um 3 % Punkte heruntergeht und vielleicht noch mehr. Aber was sicher ist, dass die Stadt Schaffhausen die Differenz sehr bald verkürzen wird. Noch zu den Goldmillionen. Wir haben seinerzeit bei der Interpellation vorgeschlagen, dass man Abschreibungen vornimmt. Das wurde getan. Das ist sehr erfreulich. Wir haben dieses Zeichen verlangt und das wurde gesetzt. Die Frage ist jetzt: Steuerfuss oder Rabatt? Angesichts der grossen Investitionen hat die SVP beschlossen, dieses Jahr keine Senkung zu verlangen. Wir stimmen diesem Rabatt zu. Wir werden uns für die nächste Zeit überlegen, je nach dem wie die Begehrlichkeit hier im Rat aussieht, beim nächsten Mal diese Frage einmal sehr genau zu stellen. Dieses Jahr wird es von uns keinen Gegenantrag geben. Wir stimmen zu, wenn es zur Abstimmung kommt. Ich danke noch der RPK und der Verwaltung für die Arbeit, die sie leistet. Ich möchte auch noch, wie Christian Di Ronco, auf den nächsten Montag zu reden kommen. Ich weiss das Stimmenverhältnis nicht mehr, wie wir entschieden haben, dass wir die Steuerverwaltung an den Kanton auslagern. Wir haben sicher gute Gründe gehabt, denn sonst hätten wir nicht zugestimmt. Ich mag mich auch



nicht zu erinnern, dass im Publikum grosser Widerstand gewesen ist oder dass es überhaupt ein grosses Thema ist und dass es vom Kantonsrat etwas übergewertet wird. Für mich ist es klar, es hat grosse Auswirkungen auf unser Budget, wenn wir beim Kanton bleiben. Ich würde es nicht verstehen, wenn gewählte Kantonsräte, die Neuhausen vertreten sollten, am Montag dieser Kantonalisierung nicht zustimmen würden.

ER Felix Tenger (FDP)

Die Fraktion der FDP hat das Budget mit Interesse analysiert. Das Resultat fällt ausgeglichen aus. Erfreulich ist, aufgrund des guten Konjunkturverlaufes, dass das auch noch ein bisschen erwartet werden konnte. Wir sind zudem überzeugt, dass wie jedes Jahr auch wieder einige Reserven eingebaut worden sind, sodass man dann von einem konservativen Budget sprechen kann. Es freut uns sehr, dass der Gemeinderat für nächstes Jahr einen Steuerrabatt vorsieht, hat er doch damit ein altes Anliegen der FDP aufgenommen. Natürlich hätten wir noch lieber eine unbefristete Steuerfusssenkung gehabt, aber wir sind für einmal auch mit dem Spatz in der Hand zufrieden und lassen für dieses Jahr die Schwalben noch auf dem Dach. Vor allem wenn wir die Entwicklung der umliegenden Gemeinde anschauen und dies nicht nur auf der anderen Seite des Rheins, dann ist diese Steuerfussreduktion wichtig und richtig (der Finanzreferent hat gesagt, dass wir uns langsam dem Steuerniveau der umliegenden Zürcher Gemeinden angleichen. Wenn Sie auf die Steuerrechnung des Kantons gehen und die Gemeinde Flurlingen eintippen, dann werden Sie feststellen, dass Sie ungefähr 25 % weniger Steuern bezahlen müssen, wenn Sie auf der anderen Seite des Rheins wohnen würden. Also von einer Angleichung kann hier noch keine Rede sein. Ich weiss, es gibt noch andere Faktoren, aber Steuern sind ein wesentlicher Standortvorteil). Wir müssen Acht geben, dass wir den Anschluss nicht verlieren und plötzlich noch weniger konkurrenzfähig sind. Wir finden es auch richtig, dass die Erträge des Nationalbankengoldes der gesamten Bevölkerung zugute kommen und damit zusätzliche Abschreibungen ermöglicht werden. Bei der Lohnsumme finden wir es erfreulich, dass die Leistungsorientiert erfolgt und wir sind auch der Meinung, dass gute Leistung auch gut honoriert werden soll. Nachdem es der Gemeinde offensichtlich gut geht, können wir uns mit den 2.5 % mehr Lohn anfreunden, auch wenn es ein sehr stolzer Betrag ist. Die Crédit Suisse übrigens mit einem Jahresgewinn von etwa Fr. 5 Mrd. will die Lohnsumme von 2.4 % erhöhen und im Kanton Zürich setzt sich die FDP jetzt ein, dass das Staatspersonal wenigstens die Teuerung ausgeglichen bekommt von ungefähr 1 %. Bei den Werken muss ich auch dieses Jahr wieder mein Standardspruch hervorkramen. Es ist mir unerklärlich, wie man mit einer solch unsteten intransparenten und nicht nachvollziehbaren



Budgetierung Geschäfte machen kann. Ich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen der Werke aussagekräftigere Zahlen haben, als sie der Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall vorgelegt bekommt. Die Fraktion der FDP ist für Eintreten und wird dem Budget und dem Steuerfussrabatt zustimmen.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS ist erfreut über das budgetierte und ausgeglichene Ergebnis und anerkennt eine sorgfältige Detailarbeit. Die Situation mit dem Kanton macht uns Sorgen. Vom Gemeinderat hätte ich gerne eine tiefe Einschätzung wie die vertragliche Situation ist. Zur Zeit haben wir meines Wissens einen Vertrag, dass wir Fr. 420'000.00 Einzugsprovision an den Kanton bezahlen müssen. Das Geschäft ist beim Kantonsrat pendent. Der Ausgang einer allfällige Volksabstimmung ist nach meiner Sicht äusserst unsicher und es handelt sich hier doch um 1.5 Steuerprozent. Unter der Voraussetzung, dass keine Steuereinzugsprovision anfallen, kann die ÖBS dem für ein Jahr reduzierten Steuerfuss zustimmen. Dies jedoch mit der Bemerkung, dass die ÖBS nicht bereit ist, den Weg unseres Nachbarkantons zu gehen. Die Steuern tief zu fahren und die Gebühren in die Höhe zu treiben. Das Personal unserer Gemeinde arbeitet sehr gut. Stets freundlich und speditiv. Die Lohnerhöhung ist aus meiner Sicht gerechtfertigt. Ich bin für Eintreten und werden den Anträge zustimmen.

ER Priska Weber (SP)

Wir von der SP haben das Budget 2007 eingehend durchgesehen und haben zu einzelnen Konten noch Fragen. Die SP nimmt zur Kenntnis, dass das Budget 2007 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 50'300.00 ausgeglichen rechnet.

Dass man längerfristig mit all den grossen Projekten in Neuhausen am Rheinfall so oder so den Steuerfuss nicht senken kann, sieht wohl jedermann hier und wenn nicht, dann empfehle ich Ihnen einen erfrischenden Spaziergang im schönen Herbstwald. Durchlüften Sie das Gehirn, vergessen Sie den Slogan Steuerreduktion und fangen Sie von vorne an zu rechnen. Warum reden Sie nur immer vom Steuerfuss? Argumentieren Sie mal mit unseren supergünstigen Gebühren! Da kann Uhwiesen oder Feuerthalen nicht mithalten. Einem Durchschnittshaushalt in Neuhausen am Rheinfall bleibt nach Abzug von Steuern und Grundgebühren einiges mehr. Weshalb ziehen gut



gestellte Neuhauser nach Beringen oder Siblingen? Weshalb zieht Unilever von Neuhausen nach Schaffhausen? Klar, weil sie etwas Besseres suchen als der niedrigste Steuerfuss. Es zählen Faktoren wie Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Ja, wir Neuhauser bieten etwas. Das darf auch etwas kosten. Wir wollen keine Discount-Gemeinde sein und wir wollen auch keine Wirtschaftskriminelle! Offenbar setzt man auf Wirtschaftsaufschwung und rechnet mit mehr Steuereinnahmen. Wunderbar! Geniessen Sie es, es wird nicht ewig dauern. Klar, bei einem Geldsegen überlegen wir alle, was man damit anfangen soll. Es gäbe viele Ideen, über die wir mit Freude diskutieren würden. Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuerrabatt von einem Prozent, befristet auf ein Jahr, ist zweifellos die fantasieloseste, mutloseste, kleinkarierteste Möglichkeit von allen! Was lässt sich damit erreichen? Dem Normalverdiener reicht's vielleicht für ein Nachtessen am Kebab-Stand. Wird deswegen jemand nach Neuhausen am Rheinfall ziehen oder wird jemand am Wegziehen gehindert?

Die SP ist für Eintreten. Wir werden aber den Antrag stellen, auf die Steuerreduktion zu verzichten. Wir danken ebenfalls allen Mitwirkenden vom Budget 2007 für die Arbeit und allen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung.

ER Jakob Walter (SP)

Etwas muss ich noch loswerden. Ich bin nun schon einige Jahre in diesem Rat. Ich habe noch keine Rechnungs- und Budgetdebatte erlebt, wo der Finanzreferent nicht mit grossen Sorgenfalten auf die Sozialkosten eingegangen wäre. Ich habe etwas das Gefühl, um es tendenziös oder manipulativ zu nennen, wir haben z.B. Ausgaben von Schuldzinsen, die wir bezahlen und die mehr als halb so gross sind wie die Sozialausgaben. Diese Ausgaben waren noch nie ein Kommentar wert, geschweige dann eine Folie. Das bezahlen wir einfach so den Banken in den Rachen. Die Sozialausgaben. Sicher wäre es einfacher, wenn diese Ausgaben tiefer wären. Das ist immerhin Geld, das wir für Menschen ausgeben, die im Leben Pech gehabt hatten. Für Menschen, die in unserer Gemeinde leben. Wahrscheinlich auch hier gearbeitet haben und solange es ihnen gut ging auch Steuern bezahlt haben. Warum spricht man immer nur von diesen Sozialausgaben, obwohl sie bei weitem nicht doppelt so hoch sind, wie die Schuldzinsen. Hier bezahlen wir einfach eine "Strafe", weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben.



GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die sehr gute Aufnahme des Budgets auch wenn die SP nicht mit allen Anträgen einverstanden ist. Es ist sicher die Aufgabe von ER Jakob Walter seine ideologischen Grundsätze auch hier zu vertreten. Aber man kann ja nicht so falsch liegen, wenn die ganze Schweiz von hohen Sozialleistungen spricht und nicht von Schuldzinsen und wenn man die Verträge anschaut, dann sieht man natürlich auch, woher die z.T. kommen. Die Bezeichnungen, die die SP über das Budget verwendet hat, die will ich unkommentiert lassen. Die SP muss sich da selbst einige werden, ob dies der richtige Umgangston und Bezeichnungen ist oder nicht. Ich glaube, wenn man dann nicht materiell sagen kann, wo das Budget falsch ist, dann sollte man vielleicht eine gewisse Vorsicht walten lassen. Auch der Vorwurf "Wirtschaftskriminalität". Was das hier in diesem Saal soll, ist mir völlig schleierhaft und dass der Wirtschaftsaufschwung nicht ewig dauert – wenn man etwas weniger Haare hat – ist man sich dessen bestens bewusst. Man hat schon viele Börsencrashes mitgemacht. Man weiss aber auch, dass immer nach einem Abstieg früher oder später ein Aufschwung kommt. Dann möchte ich eigentlich schon allen jenen, die finden 1 % sei kleinkrämerisch oder sei nichts oder bringe nichts, ausser etwas am Kebab-Stand bitten sich dann dieser Worte zu erinnern, wenn es dann darum geht, 1 % in die Höhe zu gehen. Ich hoffe, Sie sagen dann auch noch, das sei kleinkrämerisch und mache ja nichts aus! Wir werden dann sehen, wie das dann aussieht. Über die Frage, was uns attraktiv macht, könnten wir vermutlich den ganzen Abend diskutieren. Ich glaube aber, dass das Steuerniveau, namentlich bei juristischen Personen von ganz grosser Bedeutung ist. Also hier verkennt die SP völlig die Situation. Die Firmen, die hier bei uns Ihren Sitz genommen haben, sind hoch mobile Firmen, die haben meist nicht mehr Inventar als in zwei oder drei Möbeltransportern Platz haben. Wer hier meint, 1 % Steuern mache nichts aus, der darf vielleicht nicht übersehen, dass wenn man eine sechs- oder siebenstellige Summe bezahlt, dann kann 1 % tatsächlich etwas ausmachen. In der Konzernzentrale irgendwo in Asien oder in den Vereinigten Staate ist Neuhausen am Rheinflall nicht einmal ein Stecknadelkopf. Die schauen nur, wo können wir günstiger produzieren und da sind wir wirklich im Kampf mit dem restlichen Umfeld und wenn Sie schauen, was Irland macht, dann müssen wir uns noch enorm anstrengen. Man kann diesen Prozess verurteilen. Man kann sagen das sei blöd, aber dieser Prozess findet statt. Das ist auch eine Folge des weltweiten Kampfes. Wir sind hier eben auch mittendrin. In unserer Präsentation heisst es jeweils: Neuhausen am Rheinflall, By the world meet in Switzerland. Das ist tatsächlich so. Wir erleben hier in Neuhausen am Rheinflall eben auch hautnah die Auswirkungen der Weltkonjunktur. Zur ÖBS. Die Fr. 24'000.00 hat der Gemeinderat aufgrund des Finanzhaushaltsgesetzes nicht budgetiert. Er



muss es so budgetieren mit den Tatsachen, die er kennt und im Zeitpunkt, als wir mit dem Budget begonnen haben, durfte man damit rechnen, dass das eigentlich längst durch sei und es ist für mich eigentlich auch völlig überraschend, dass das namentlich in einer grossen Zeitung eine solche Aufruhr ausgelöst hat. Wenn man eigentlich wirklich schaut, dann gibt es kaum einen Leserbrief von einem Nicht-Politiker. Es sind eigentlich nur Leserbriefe von Leute, die denken sie verlieren den Job. Dort denke ich, muss der Kanton noch nachbessern. Ich werde einen entsprechenden Antrag stellen am nächsten Montag im Kantonsrat und ich bin nach wie vor optimistisch, dass das durchgeht. Bezüglich der Gebühren ist festzuhalten, dass uns das Bundesrecht in verschiedenen Bereichen etwas vorschreibt. Bis jetzt hat die Frau Hafner nicht so recht durchgegriffen, wie es ihr Vorgänger z.B. mit Thayngen gemacht hat. Aber die bundesgesetzliche Regelung hat nicht geändert und wir werden da schauen müssen, was da passiert. Aber es ist ganz klar, wir profitieren da nach wie vor von tiefen Gebühren z.B. im Baubewilligungsbereich sind wir natürlich sensationell tief im Vergleich zu den Zürcher Gemeinden. Zur FDP. Ich bin froh, wenn mir die FDP dann noch sagen kann, wo die Reserven versteckt sind. Der Zentralverwalter und ich haben sie noch nicht entdeckt, aber ich bin natürlich froh, wenn die FDP sie noch findet. Ich bin immer um Hinweise froh, wenn noch Stille Reserven vorhanden sind. Also, wir haben keine Reserven eingebaut. Das ist nicht unserer Strategie. Die Differenz, die erwähnt wurde über den Steuerrechner. Hier ist erstens zu berücksichtigen, ob der wirklich aktuell ist. Zweitens ist da eben genau der Faktor drin, dass der Mittelstand sehr stark geschröpft werden kann in Schaffhausen. Wir haben eine steile Kurve nach Oben und der Kanton Zürich ist dort tiefer. Hier habe ich auch gesagt, dass man da tatsächlich etwas machen muss. Bezüglich der SVP hat Willi Josel meines Erachtens ein sehr gutes Votum bezüglich der Zentralisierung der Steuern gehalten. Da kann ich mich anschliessen und muss da auch nichts mehr ergänzen. Zur CVP. Das Giesskannenprinzip. Sie werden vermutlich in den nächsten 10 Tagen eine Antwort auf die Kleine Anfrage von ER Ernst Schläpfer bekommen. Ich werde dort die Gelegenheit benützen nochmals zu erklären, wie das Lohnsystem funktioniert. Einfach ganz kurz vorweg. Es wird eine Lohnsumme bestimmt. Von dieser wird gesagt, wie viel nehmen wir für die Teuerung und für ausserordentliche Lohnveränderungen. Es ist die Absicht des Gemeinderates auch 2007 die Teuerung voll auszugleichen. Wir sind von einer etwas höheren Teuerung ausgegangen. Z.Zt. ist sie bei 0.9. Stichtag ist nämlich etwas früher, als das ER Willi Josel gesagt hat. Das gleicht sich aber über die Jahre wieder aus. In einem zweiten Schritt wird dann die restliche Summe mit einem Programm, das auch der Kanton Schaffhausen und die Stadt Schaffhausen ab 2007 wird individuell, gestützt auf die Faktoren Leistung, wo steht man jetzt im Lohnband drin und wie alt ist man, ein neuer Lohn berechnet. Das recht schwierig zu erklären. Ich gebe das ganz offen zu. Es ist kaum nachzuvollziehen, ausser man hat das Programm vor sich



und sieht genau, was passiert. Es ist aber ein Programm, das zu einer sehr objektivierten Lohnzuteilung führt und insofern seine Vorteile hat. Wir sind keine Exoten. Auch andernorts in der Schweiz wird dieses System so übernommen. Bezüglich der Sonderfaktoren, die die CVP noch erwähnt hat, darf ich darauf hinweisen, dass der Gemeinderat bereits mit dem Budget 2006 entschieden hat einen Paradigmawechsel vorzunehmen, indem ausserordentliche Einnahmen budgetiert werden. Also wir rechnen mit gewissen ausserordentlichen Einnahmen bzw. Steueraufrechnungen für vergangene Jahre. Das ist nicht ganz unproblematisch. Konservativer wäre die frühere Praxis gewesen, wo man das nicht gemacht hat. Der Einwohnerrat hat aber immer wieder moniert, dass dadurch eigentlich die Situation zu schlecht dargestellt wird. Der Gemeinderat hat sich deshalb für diesen Paradigmawechsel entschieden. Es ist also nicht zu rechnen, weder 2006 weder 2007, dass weitere zusätzlich Aufrechnungen kommen. Bezüglich der natürlichen Personen ist festzuhalten, dass wir auch dieses Jahr Mühe haben, nur die budgetierten Zahlen zu erreichen. Wenn ich vorhin in meinen Ausführungen erwähnt habe, dass die Steuern höher waren als budgetiert, dann ist das rein auf die juristischen Personen zurückzuführen. Die natürlichen Personen hinken nach wie vor hinterher. Ich hoffe natürlich auch, dass die Lohnerhöhungen etwas ausmachen, bin aber noch nicht ganz sicher, dass wir das so deutlich spüren werden. Ich danke Ihnen für das Eintreten auf das Budget und hoffe weiterhin, dass die gestellten Anträge auch Ihre Zustimmung finden.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Es ist wegen den Steuereinzugsprovisionen. Ich habe nur "Hoffnung" gehört. Ich möchte ganz konkret wissen, was passiert, wenn das Dekret abgelehnt wird.

GP Stephan Rawyler

Wenn das Dekret abgelehnt wird, werden wir schauen müssen, wie wir den Betrag von Fr. 420'000.00 zumindest teilweise einsparen können. Aber es ist durchaus möglich, dass da ein kleines Defizit entsteht.

ER Priska Weber (SP)

Also unter Gebühren verstehe ich auch Mietzinsen, Krankenkassenprämien etc. Also da bleibt wirklich in Neuhausen am Rheinfall mehr als im Nachbarkanton.

Detailberatung:

ER Ernst Schläpfer (SP)

Budget 2007, Seite 24, Konto 0130 Gemeinderat, Konto 0130.300.00 Besoldungen

Ich gehe recht in der Annahme, dass der Gemeinderat nur einen Teuerungsausgleich hat. Also eine reelle und keine individuelle Lohnanpassung. Weil Sie ja relativ hoch einsteigen können und eben nicht einen Leistungslohn zugute haben, demzufolge ist diese Anpassung meiner Meinung zu hoch und sonst muss man es mir noch nachweisen. So hätte ich zumindest die ersten paar tausend Franken eiserne Reserve, die noch enthalten sind.

GP Stephan Rawyler

Ernst Schläpfer hat hier recht. Der Betrag ist hier wirklich etwas zu hoch drin. Das hat damit zu tun, dass das Lohnprogramm mit einem Faktor rechnet. Über die Lohnhöhe kann nicht der Gemeinderat selbst entscheiden, sondern da sind sie dazu berufen. Lediglich die Teuerung erfolgt dadurch, dass sie das Lohnband verschiebt. Also wir haben keine individuelle Lohnerhöhung. Das ist richtig.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 28, Konto 0250 Verwaltung Hochbau, Konto 0250.438.01 Bauleitungen, Konto 0250.438.02 Immobilienverwaltung

Ich schliesse hier daraus, dass die Gemeinde noch Kapazitäten hat und die Angestellten Bauleitungen für andere machen können oder sehe ich das falsch?



GR Franz Baumann

Es ist relativ einfach zu erklären. Wir machen das neu. Es geht um Bauleitungen, die unsere Mitarbeiter auf der Bauverwaltung machen, die von Arbeiten aus der Investitionsrechnung her kommen wie z.B. Altersheim Rabenfluh, Kindergarten, Schulhaus Gemeindewiesen, damit das transparent gemacht wird, denn wir müssen ja ziemlich viel arbeiten, denn sonst heisst es noch, was macht dann dieser Angestellte den ganzen Tag. Bei den Immobilienverwaltungen ist ein Posten enthalten. Unser Mitarbeiter der macht die Verwaltung der Ruosch Gruber Stiftung. Das ist das Geld.

GP Stephan Rawyler

Ich bin einverstanden mit meinem Kollegen Franz Baumann. Bis auf ein Wort. Diese Praxis ist nicht neu, sondern die haben wir schon seit Jahrzehnten. Eigenleistungen bei Bausachen werden aktiviert. Ich kann mich noch an Diskussionen unter GR Franz Morath erinnern. Es hiess immer, ob es denn überhaupt Sinn macht, dass die Gemeinde Eigenleistungen erbringt. Man kann diese Leistungen auch kaufen. Das ist also ein bewährte Praxis.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Budget 2007, Seite 35, Konto 1050 Bürgerrechtswesen

Wir haben ja im nächsten Jahr ein neues Bürgerrechtsgesetz, was uns weniger Einnahmen beschern wird. Wird die ganze Organisation überdacht, weil für andere Gemeinden genügen anscheinend diese Einnahmen?

GR Franziska Brenn

Das neue Bürgerrechtsgesetz tritt auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Wir haben dann auch neben dem ordentlichen Verfahren ein einfacheres Verfahren und der Regierungsrat muss noch eine Verordnung erlassen und dann wird das im ganzen Kanton und in allen Gemeinden angewendet.



Eine Gebührenverordnung müssen wir dann noch erstellen. Die haben wir noch nicht erstellt, weil es ist ja so, dass dann jeder Aufwand verrechnet wird. Auch bei den Bewerbenden, die abgewiesen werden und das werden wir auch noch in diesem Jahr erledigen. Der Einwohnerrat wird im nächsten Jahr noch einen Bericht und Antrag darüber erhalten.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Wie sieht es dann auf der Kostenseite aus?

GP Stephan Rawyler

Des Rätsels Lösung liegt darin, dass der Kanton eben gleich viel will, wie die Gemeinde kassiert und der Kanton hat im Kantonsrat durchgebracht einen relativ tiefen Betrag durchzusetzen und die Warnungen auch von Neuhauser Vertretern, dass es eben zu wenig sei, das fand kein Gehör und nun sehen wir hier das Ergebnis. Wir dürfen nicht die einzige Gemeinde sein, in der nun ein massiver Nettoaufwand entsteht. Aber das war der Wille des Kantonsrates.

ER Willi Josel (SVP)

Es wird jetzt sicher niemanden verwundern, dass auch ich mich noch zu diesem Thema melde. Bei der letzten Beratung wurde ja mit einer Fussnote darauf hingewiesen, dass es kostendeckend sein muss. Da haben wir danach ja auch noch gestritten und mir wurde gesagt, da musst Du was im Kantonsrat machen. Ich habe selbstverständlich den Auftrag des Gemeinderates erfüllt und wollte dort Fr. 500.00 mehr für die Gemeinde haben. Ich wollte Fr. 1'500.00 für die Gemeinde und Fr. 1'000.00 für den Kanton und das hat dann Gegenanträge "gehagelt". Manchmal hatte ich das Gefühl, man wollte jedem Einbürgerungswilligen einen Gutschein mitgeben. Auf jeden Fall ist mein Antrag nicht durchgekommen und jetzt fehlt uns ein grosser Teil. Wir werden uns die Frage stellen müssen, ob wir auf der Gebühreenseite etwas unternehmen müssen, denn irgendwie müssen wir diesen Poste ausgleichen. Ich hoffe, dass da eine gute Vorlage kommt.



GR Franziska Brenn

Ich denke, dass ich mich vorgängig etwas unklar ausgedrückt habe. Genau das habe ich ja erklärt, dass wir noch eine Gebührenverordnung erstellen müssen, in der jeder Aufwand verrechnet wird. Sei es in der Einwohnerkontrolle, wenn wir die Leumundsberichte einholen müssen und wenn wir Gespräche führen müssen etc. Das wir dann alles verrechnet. Das ist ganz klar. Das dürfen wir auch. Das ist auch gesetzeskonform.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 37, Konto 1200 Friedensrichteramt, Konto 1200.390.01 Verrechnung Datenverarbeitung

Ich war vier Jahren als Stellvertreter im Friedensrichteramt tätig und kann ungefähr beurteilen, was dort die EDV leisten muss und ich denke, was hier als jährliche Verrechnung aufgeführt ist, würde genügen, einmal die ganze EDV Ausrüstung anzuschaffen, die es im Friedensrichteramt braucht. Entweder lässt sich hier irgendjemand von Geräte- und Softwarevertretern über den Tisch ziehen oder es wird einfach viel mehr verrechnet, als es überhaupt kostet.

GP Stephan Rawyler

Das sind tatsächlich die Kosten eines Arbeitsplatzes. Auch der Friedensrichter ist einem Netz angeschlossen und Sie finden die gesamten Kosten im Konto 0205, Informatikkosten. Sie sehen, diese Kosten sind ausgeglichen. Das ist klar. Jeder Computer, steht er nun in der Küche des Altersheims oder steht er beim Friedensrichter, kostet einen Grundbetrag. Das ist der Preis, den wir haben, wenn wir in einem Netz arbeiten. Also die gesamten Sicherheitsvorkehrungen kann man nicht vergleichen mit einem PC zu Hause. Das ist ganz anders. Ich muss sagen, wir haben die Kosten ja auch schon geprüft. Die sind durchaus vertretbar und liegen eher im unteren Mittelfeld. Da müssen wir uns absolut nicht verstecken.

ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2007, Seite 39, Konto 1415 Vignetten- u. Rapportzentrale Feuerungskontrolle

Ich sehe hier, dass das im Jahr 2007 eine neue Position ist. Ich möchte hier den Gemeinderat fragen, ob das eine neue Aufgabe ist, die der Gemeinderat durch die Hintertüre übernommen hat, wo man momentan ein ausgeglichenes Budget präsentiert, das dann vielleicht in einigen Jahren auch noch etwas Kosten wird? Oder woher kommt nun diese neue Position?

GR Franz Baumann

Es ist tatsächlich eine neue Aufgabe und es ist die Aufgabe, die unser Brandschutzexperte übernommen hat. Das hängt damit zusammen, weil er einerseits entlastet wurde von den Aufgaben der Baupolizei und der Baukontrolle. Die wird jetzt von unserem neuen Mitarbeiter auf der Bauverwaltung gemacht, weil der Brandschutzexperte ja kein Fachmann auf dem Bauwesen ist. Das war seinerzeit einfach eine Lösung, die gemacht wurde. Dann wurden wir vom Kanton angefragt, ob wir bereit wären, die sog. Vignetten- und Rapportzentrale übernehmen würden. Aufgrund der neuen Brandschutzverordnung müssen alle Heizungen alle zwei Jahre kontrolliert werden und es wurde ein neues System ausgearbeitet. Wir arbeiten so, dass mein Mitarbeiter die Arbeit übernimmt und wir werden dafür bezahlt. Es ist also nicht so, dass das für uns ein Aufwand ist und wir Geld aus der Gemeindekasse bezahlen müssen, sondern es ist schlussendlich für uns eine positive Rechnung.

ER Jakob Walter (SP)

*Budget 2007, Seite 39, Konto 1410 Feuerpolizei und Feuerungskontrolle, Konto 1410.461.00
Kantonsbeiträge*

Zu dieser Budgetposition hat es einen Kommentar. Dieser Kommentar gibt mir aber mehr Unklarheiten als Klarheit auf. Muss ich diesen Kommentar einfach als Unmutsäusserung verstehen über gewisse Auflagen vom Kanton oder bedeutet es im Klartext, dass der Kanton so viele Angaben verlangt, dass man darauf verzichtet, Geld zurückzufordern, dass man zugute hat?



GR Franz Baumann

Also, ich versuche auch das zu beantworten. Es ist sicher nicht so, dass es ein Unmutszeugnis abgibt. Es ist tatsächlich so, dass der Kanton von uns relativ genaue Daten verlangt. Früher wurde das pauschal einfach ausbezahlt und abgerechnet mit der Feuerpolizei und wir bekamen die Entschädigung. Neu müssen wir ziemlich genau, was unser Mann in der Brandschutzkontrolle macht. Wir geben das an den Kanton ein und aufgrund dessen werden wir dann entschädigt. Das ist eine Tatsache.

ER Jakob Walter (SP)

Und die Auswirkungen auf das Budget? Darum geht es ja

GR Franz Baumann

Wir versuchen ja mit den Fr. 30'000.00 so viel wie möglich rauszuholen. Das ist schon so, gegenüber der Rechnung sind es rd. Fr. 6'000.00 weniger. Das sieht man ja. Wir hoffen, dass wir die Fr. 30'000.00 aufgrund der effektiven Arbeiten, die wir machen müssen, auch erreichen werden. Früher wurde es einfach pauschal abgebucht.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Budget 2007, Seite 40, Konto 1500 Militär, Konto 1500.314.15 Unterhalt der Schiessanlagen

Die Schiessanlage im Langriet ist meiner Meinung nach ein Auslaufmodell. Gestern hat der Gemeinderat einen Nachtragskredit bewilligt für den Ersatz von Scheiben. Im Budget finden wir weitere Fr. 12'000.00. Wäre es nicht gescheiter, mit Nachbargemeinden Verhandlungen aufzunehmen und eine gemeinsame Schiessanlage zu machen? Ich stelle Antrag auf Streichung dieses Postens.



GR Franz Baumann

Das Anliegen von Ueli Furrer ist ja nicht neu. Wir sind ja verpflichtet, den Schiessbetrieb aufrecht zu erhalten. Wer das in der Zeitung gelesen hat. Dort geht es nur um das Verbrauchsmaterial (hier die Scheiben), das ersetzt werden muss, dass die Personen, die das Obligatorische schiessen müssen, die Möglichkeit haben es hier im Langriet zu machen. Dazu sind wir gesetzlich verpflichtet. Der Gemeinderat hat in seinen Legislaturzielen den Posten, den Ueli Furrer erwähnt enthalten, dass wir mit anderen Gemeinden versuchen, die Schiessanlagen zusammenzulegen, aber das ist nicht so einfach. Wir waren bis jetzt der Meinung, dass der Bundesrat irgendwann den Entscheid fällt, dass das Obligatorische fallen wird. Wenn man aber heute wieder gelesen hat im Zusammenhang mit den Sturmgewehren, die abgegeben wurden, dann ist das nicht der Fall. Wir sind da sicher am Ball, aber das ist nicht ganz einfach. Wir haben mit der Stadt verhandelt, aber gleichzeitig hat die Stadt gefragt, ob sie nicht zu uns kommen könnten. So einfach ist das nicht.

GP Stephan Rawyler

Die Fr. 12'000.00 sind das Abonnement für den Unterhalt. Da besteht ein Vertrag mit der Firma Sisu, die für den Unterhalt solcher Anlagen fast ein Monopol hat. Wenn wir diesen Budgetposten streichen, dann kommen wir in ein echtes Problem hinein. Wir haben einen Vertrag mit dieser Firma und von Bundes wegen müssen wir die Anlage anbieten. Wie sie gehört haben, möchte unsere grössere Nachbarstadt die Schiessanlage zu uns bringen. Das möchten wir sicher nicht.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Angesichts dieser Erklärung ziehe ich meinen Antrag zurück.

ER Jakob Walter (SP)

Man spricht ja heute immer von Aufgabenentflechtung. Sie wissen, mich stört das schon lange, dass die Gemeinde für diese riesige "heilige Kuh" und diesen riesigen Defizitbetrieb namens Militär auch noch Unkosten tragen muss. Vor allem braucht man das Militär ja anerkannter weise nicht.



Den Zivilschutz könnte man ja allenfalls mal gebrauchen. Für das Militär geben wir aber mehr Geld aus. Also hier wird es auch grotesk. Welche Aussichten bestehen, von mir aus unter dem Titel Aufgabenentflechtung, endlich diese Kosten für die Gemeinde aus unserem Budget zu streichen?

GP Stephan Rawyler

Was hier Jakob Walter verlangt, ist etwas Kaffeersatz zu lesen. Ich bin froh, dass auch dem Regierungsrat nicht entgangen ist, dass die Schiessanlagen schlecht benutzt werden, dafür aber sehr viel Land in Anspruch nehmen und da gibt es meines Wissens Überlegungen beim Regierungsrat, was man da unternehmen könnte. Man muss aber schon sehen, es wird nicht ganz einfach werden, denn kaum eine Gemeinde wird erfreut sein, wenn auf ihrem Gebiet die Schiessanlage bestehen bleibt. Der Ausgleich wird sicher wieder irgendwie erfolgen müssen. Wir werden das im Konto Finanzausgleich wieder finden. Also irgendwo bei 9000.xxx. Irgendwo dort. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kanton einfach alles Kosten übernimmt.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2007, Seite 42, Konto 2000 Kindergarten, Konto 2000.311.23 Informatik, Anschaffung Hard-, Software und Lizenzen

Dazu gibt es auf der Seite 4 einen Kommentar und da heisst es "5 Computer für Kindergärtnerinnen (1 pro Kindergarten)". Ich weiss ja schon, dass man den Computer heute nicht mehr wegdenken kann, aber ich frage nun trotzdem, weshalb jeder Kindergarten einen Computer braucht. Wird das Hin- und Hergemault zwischen den Kindern?

GR Patrick Strasser

Es handelt sich dabei um ein Arbeitsinstrument für die Kindergärtnerin zur Unterrichtsvorbereitung. Dafür sind diese gedacht und nicht als pädagogisches Arbeitsinstrument für die Kinder.



ER Willi Josel (SVP)

Budget 2007, Seite 44, Konto 2120 Orientierungsschule, Konto 2120.318.18 Internet/E-mail

Hierzu gibt es einen Kommentar dazu und da heisst es "Neuaufbau Homepage Schule". Es ist zweimal enthalten. Einmal sind es Fr. 7'000.00 auf der Seite 5 und auf der Seite 4 sind es Fr. 3'500.00. Wir haben eine Gemeindeseite. Da nehme ich an, dass man sich dort irgendwie anhängen kann. Weshalb braucht die Schule eine eigene Homepage?

GP Stephan Rawyler

Ich bin sehr froh, dass die Schule eine eigene Homepage hat. Die beiden Netze Schule und Gemeinde sind auch physisch voneinander getrennt. Wir haben schon genügend Sorgen und Mühe unser Netz von bösartigen Attacken freizuhalten. Sie glauben nicht, was jede Nacht unser Netz angegriffen wird. Das Schulnetz operiert separat. Hier geht es auch um den Aufbau einer Homepage. Das ist auch ein Markenzeichen einer attraktiven Gemeinde, dass die Schule eine eigene Homepage hat. Sie enthält die wichtigsten Informationen über die Schule, wie funktioniert sie, was wird angeboten, wer sind die Lehrer, wie sind die Stundenpläne etc. All das wird dann via Internet abrufbar sein und das kostet einen gewissen Betrag und ich muss zugegebenermassen sagen, dass diese Beträge Schätzungen sind. Wir hatten in den letzten Jahren etwas Mühe diese Konten und Ausgaben in den Griff zu bekommen. Haben jetzt ein neues System aufgegleist. Vermutlich sind wir sogar Leader hier in der Schweiz. Mit ganz klaren Regelungen und Kompetenzen, wer was wie und wo kaufen darf. Mit einer klaren Struktur, dass da wirklich nicht mehr Sachen gekauft werden, die nicht sofort gekauft werden müssen. Diese Beträge sind tatsächlich noch Schätzungen. Die Verantwortlichen haben auch den klaren Auftrag, dass sie tiefer liegen als hier in der Rechnung steht. Das sind die absoluten Maximalbeträge. Auch die Homepage dürfte tiefer liegen. Aber das ist etwas, dass in der heutigen Zeit wirklich erforderlich ist.

GR Patrick Strasser

Ich möchte Willi Josel zuerst einmal darauf hinweisen, es betrifft nicht nur die Kostenstelle 2120 Orientierungsschule und 2100 Primarschule sogar noch 2000 Kindergarten und 2190 Schulsekretariat. Dort sind die Beträge kleiner aber auch dort finden Sie den Budgetposten



Internet/E-mail. Es wird auf diese Bereiche verteilt, weil dann auch alle diese Stellen an dieser Homepage angeschlossen sind. Noch ergänzend zu den Ausführungen von Stephan Rawyler. Es geht um den Aufbau einer Homepage. Es geht nicht um einen reinen Betrieb dieser Homepage. Die sind in diesen Kosten enthalten. Es ist eben nicht nur eine Homepage für das Internet sondern ein Intranet und als solches ein sehr wertvolles Arbeitsinstrument, dass da entsteht.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 47, Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, Konto 2195.312.02 Heizmaterialien

Weshalb sind die Heizkosten gegenüber der Rechnung 2005 nur noch knapp einen Sechstel? Wo ist denn diese Heizung? Unter den einzelnen Schulhäusern ist sie nicht, sondern unter dem allgemeinen Erziehungswesen und da verstehe ich nicht, ob nur das Erziehungswesen anstatt die Schulhäuser geheizt werden? Wie kommt es, dass dieser Betrag plötzlich so tief ist?

GP Stephan Rawyler

Das ist eine Folge der Konsolidierung. Wir haben verschiedene Heizungen mit Gas und wenn Sie schauen, beim Verrechnungsposten Konto 2195.390.82 Verrechnung Gas haben wir Fr. 40'000.00 im Voranschlag 2006 und Fr. 54'000.00 im Voranschlag 2007. Das ist die Differenz. Es läuft eben nicht mehr unter der Separatrechnung Gas sondern es wird jetzt konsolidiert. Es gibt nur noch eine interne Verrechnung. Das ist eine Wirkung der Konsolidierung. Es wird also genau gleich geheizt. Es ist nicht kälter geworden.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2007, Seite 60, Soziale Wohlfahrt

Ich habe schon in der Eintretensdebatte gesagt, um die nicht zu verlängern, dass wir hier dazu einige Bemerkungen machen möchten. Wie gesagt, die Entwicklung geht weiter und man redet ja immer, dass die Sozialkosten steigen werden, oder sie steigen nicht zuviel oder sie sind fast gleich. Ich frage mich, weshalb sollten diese Kosten nicht einmal sinken? Wir haben das letzte Mal vorgeschlagen, das im Sinne einer Anregung, dass ein runder Tisch gebildet wird und dass man



diverse Sachen einmal anschaut, ohne grosse Diskussionen in der Öffentlichkeit. Nicht dass ich die Öffentlichkeit scheue, aber dass man einfach mal zusammensitzt und einen Weg sucht. Nun, das Ziel muss die Senkung sein. Jetzt gibt es einige Punkte und Fragen. Ich lese sie nun einfach vor. Frau Gemeinderätin Franziska Brenn hat sie bereits, damit sie sich ein bisschen vorbereiten konnte.

Wie viele Personen beziehen Sozialhilfe?

Wie viele davon sind im arbeitsfähigen Alter?

Woher stammen diese Personen?

Wie viele sind Dauerbezügler?

Wird analog dem Kanton St. Gallen von der Wegweisung von ausländischen Dauerbezügern Gebrauch gemacht?

Welche – hoffentlich positiven Auswirkungen – haben die Skosrichtlinien, die ja seit April 2005 in Kraft sind, auf die Beschäftigung von Sozialhilfebezügern?

ER Jakob Walter (SP)

Ordnungsantrag!!!

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ein Ordnungsantrag ist gestellt. Um Abbruch der Debatte oder um was?

ER Jakob Walter (SP)

Es geht hier um wahrscheinlich genug Stoff für eine Kleine Anfrage oder eine Interpellation und wenn schon gehörte diese Beantwortung selbstverständlich in den Geschäftsbericht und nicht ins Budget. Ich versuche es hier Willi Josel klar zu machen, dass er das nicht innerhalb der Budgetdebatte abhalten soll. Wenn es ihm ein wichtiges Anliegen wäre, dann ist es sowieso unter dem Wert verkauft. Sondern es soll das an entsprechender Stelle mit den richtigen Mitteln anbringen und sonst stelle ich den Antrag.



ER Willi Josel (SVP)

Ich betrachte es nicht als Erpressungsversuch und fürchte mich auch nicht so leicht. Ich bin gerne bereit, das auch in einer anderen Form hier darzubringen. Ich wollte die Gelegenheit geben hier und jetzt darüber zu reden, aber bitte schön, wenn das gewünscht ist, werde ich eine entsprechende Form finden und wenn es dann traktandiert ist, darüber zu reden. Da bin ich einverstanden.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Dann sind die Fragen, wie vorher gestellt, nicht mehr gestellt und werden zu einem späteren Zeitpunkt und in anderer Form eingereicht.

ER Ernst Schläpfer (SP)

*Budget 2007, Seite 63, Konto 5700 Alters- und Pflegeheime, Konto 5700.301.05 bis 5700.301.58
Besoldungen Lehrlinge, Praktikanten, Ferienaushilfen, Pflegeschule*

Im Kommentar steht, dass diese Praktikanten der Pflegeschule nicht mehr anfallen und dafür dann eben FAGE Lehrlingen angestellt werden, die diese Ausbildung machen. Das stimmt nicht mit den Zahlen überein. Erstens stimmt es nicht, dass es keine Praktikantinnen Pflegeschule mehr gibt. Das gibt es nämlich noch nächstes Jahr. Wenn da keine Zahl mehr steht, heisst das, dass das Altersheim diese nicht ausbilden will, sonst könnte sie es nämlich und zweitens stimmt das nicht überein, wenn es bis jetzt budgetiert war mit Fr. 118'700.00 und jetzt ist es mit Fr. 75'200.00 budgetiert, obwohl man mehr FAGE ausbilden will. Dann müsste dort doch eine höhere Zahl sein. Die Zahl müsste erhöht werden. Also da ist irgendwo im Kommentar etwas völlig schief gelaufen oder sonst in der Budgetierung. Wenn mir das nicht erklärt werden kann, stelle ich den Antrag, dass man mindestens gleich viele Lehrlingen ausbildet wie bis anhin und dass die Zahl erhöht wird auf Fr. 118'700.00, gleich wie letztes Jahr. Ich denke nicht, dass es angebracht ist, dass unser Altersheim weniger Pflegepersonal ausbildet als bisher. Die FAGE Lehrlingen haben auch einen Lohn. Das ist also nicht so, dass die nichts verdienen. Ich glaube sogar noch etwas mehr als Praktikantinnen.



GR Dino Tamagni

Ich kann hier nicht abschliessend Auskunft geben. Das möchte ich mal vorwegnehmen. Aber es ist wirklich so, dass wir keine Praktikantinnen mehr ausbilden, da dieser Beruf oder resp. diese Ausbildung wegfallen wird und wir uns entschieden haben, auch FAGE's wegen der erhöhten Nachfrage vermehrt auszubilden. Das ist so. Warum hier der Posten nicht enthalten ist, ob das bei den Besoldungen eingelaufen ist oder ob da ein grosser Teil bei der Ausbildung direkt bezahlt wird. Da bin ich mir nicht sicher. Da kann ich nicht direkt Auskunft geben.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Also, dass es die Praktikantinnen nicht mehr gibt, das ist ganz klar.

GR Dino Tamagni

Versichern kann ich 100 %-ig, dass wir nicht weniger Auszubildende ausbilden, sondern mehr.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Dann müsste diese Zahl aber höher sein.

GR Dino Tamagni

Ja, aber ich weiss nicht, wo dieser Posten enthalten ist. Das müsste ich im Detail genau anschauen. Ich müsste dazu später Stellung nehmen. Ich kann Dir aber versichern, dass wir mehr ausbilden. Wir haben zusätzlich eine FAGE in Aussicht. Also eine weitere Angestellte für die wegfallenden Praktikumsplätze. Das haben wir gemacht.



ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Bleibt ER Ernst Schläpfer beim Antrag?

ER Ernst Schläpfer (SP)

Also ich glaube Dino Tamagni jetzt, dass er mir die Antwort nachliefert. Ich stelle keinen Antrag. Diese Zahl ist aber garantiert falsch, wenn man mehr Lehrlinge ausbilden will. Ich nehme an, wenn Du das versprichst, dass Du das auch einhältst.

GR Dino Tamagni

Also es ist wirklich so. Wir haben mindestens gleich viele Lehrlinge inkl. die Praktikumsplätze und so wie ich weiss sogar noch eine zusätzliche FAGE Angestellte. Wo das Geld aber drin enthalten ist, das muss ich genau auflösen. Diese Erklärung kann und werde ich Dir nachliefern. Da musst Du wir jetzt einfach vertrauen.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Das mache ich, sonst hörst du wieder von mir.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 67, Konto 5870 Ausländerfürsorge, Konto 5870.457.00 Rückerstattung von Heimatstaaten

Diese Kosten fallen weg, wegen dem entsprechenden Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz. Jetzt nehme ich an, dass mit diesem Abkommen auch einen entsprechende Gegenposition wegfällt und die Frage ist, ob das ein Nullsummenspiel ist oder machen wir hier sogar minus, wenn das der Fall ist. Wer schliesst solche Vereinbarungen ab?



GR Franziska Brenn

Das ist eine Vereinbarung zwischen den Staaten, die da getroffen wurde und ich kann nicht genau sagen, ob das ein Nullsummenspiel ist oder nicht. Es kann aber auch sein, dass wir da etwas mehr bezahlen, weil wir mehr Deutsche haben, die in der Schweiz arbeiten als Schweizer, die in Deutschland arbeiten. Es ist sicher nicht erfreulich.

ER Jakob Walter (SP)

Aber Ihr wurdet nicht gefragt und konntet auch keine Stellung dazu nehmen. Euch hat man das auf's Auge gedrückt.

GR Franziska Brenn

Ja, das hat man. Es ist auch ein Nachteil für den Kanton. Die bedauern das auch sehr.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 71, Konto 6209 Strassenverkehrsanlagen, Reinigung, Unterhalt und Winterdienst, Konto 6209.314.08 Unterhalt der Strassen

Im Kommentar steht hier, dass die Badstrasse an der Reihe sei. Ich ging heute speziell nochmals diese Strasse entlang. Ich muss sagen ich kann hier ganz spontan mindestens drei Duzend Strassen aufzählen, die es sicher nötiger hätten.

GR Franz Baumann

Das ist ja nicht die ganze Badstrasse. Das ist nur der unterste Teil und die Strasse hat aufgrund der grossen Beanspruchung beim Neubau der ARA Röti sehr stark gelitten. Das ist die Aussage der Spezialisten, nicht von mir. Das ist einfach unser Teil. Der grösste Teil bezahlt die ARA, ein Teil bezahlen die Werke und den Rest bezahlen wir. Wir haben das deshalb so budgetiert.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Budget 2007, Seite 75, Konto 7000 Wasserversorgung/Wasserwerk, Konto 7000.313.00 Verbrauchsmaterial und Konto 7000.318.00 Arbeitsleistungen Dritter

Es ist mir schon etwas unklar, dass man Fr. 800'000.00 bzw. Fr. 944'000.00 mehr ausgibt ohne dass man überhaupt einen Kommentar dazu liefert. Bei Fr. 20'000.00 liefern Sie einen Kommentar und bei Fr. 1'744'000.00 sagen Sie keinen Ton. Also da hätte ich schon erwartet, dass man irgendetwas noch dazu lesen kann. Was das soll und was das genau ist u.s.w. Ein bisschen Dienstleistung wäre das sicher noch gewesen. Aber Sie sagen es mir sicher jetzt.

GR Franz Baumann

Also ich hoffe, dass ich das beantworten kann. Ernst Schläpfer hat sicher recht, aber wir haben die Kommentare der Werke nicht gemacht. Die stehen separat in der Rechnung, die wir von den Werken erhalten haben. Die Differenz stammt von daher, dass wir bei den Werken keine Angestellten haben sondern die Löhne bezahlen müssen. Das ist in diesen Zahlen enthalten. Deshalb hat es auch eine Verschiebung der einzelnen Konten gegeben.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Verbrauchsmaterial ist auch Löhne?

GR Franz Baumann

Nein, sicher nicht! Ich kann die Frage abschliessend nicht beantworten. Ich müsste das im Kommentar der Werke nachschauen.



GP Stephan Rawyler

Es liegt natürlich daran, dass die Werke investieren und aktivieren das gleichzeitig wieder. Die haben keine Investitionsrechnung, wie wir das machen. Sie sehen unten bei den Eigenleistungen für Investitionen Fr. 1'335'000.00 ist sozusagen die Gegenposition. Das ist der Ausgleich. Das ist eine andere Darstellung, die hier noch etwas mitspielt. Die haben natürlich auch sehr hohe Investitionen, wenn Sie an die Zollstrasse denken. Wir haben ein deutlich erhöhtes Investitionsbudget im Bereich der Werke. Das ist so. Das schlägt sich natürlich auch hier nieder.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich möchte auch noch etwas zu den Werken fragen. Ich habe bereits im Eintretensvotum gesagt, dass es wirklich sehr intransparent ist und schwierig nachvollziehbar oder für uns Wohnerräte überhaupt nicht nachvollziehbar. Aufgrund der Äusserungen der Gemeinderäte habe ich jetzt ein bisschen das Gefühl, dass auch Sie teilweise dieses Budget als ein Buch mit sieben Siegeln betrachten müssen. So meine Fragen: Bekommen Sie da entsprechende Unterlagen mit den Zahlen? Verstehen Sie, was in diesem Budget abgeht?

GR Franz Baumann

Also, ich kann das soweit beantworten. Wir bekommen nach wie vor ein Budget der Werke, sei es das Wasser- oder Gaswerk. Die Konsolidierung wird hier gemacht bei der Gemeinde und nicht von den Werken. Wir haben die Detailzahlen. Sie sind einfach ganz anders dargestellt, deshalb wir das auf unsere Konten umgebucht und das sind ganz andere Betrachtungen. Die Budget und Rechnungen der Werke sind nach wie vor, wie Sie sie kennen aus den früheren Jahren. Es wird wahrscheinlich, so hoffen wir, beim nächsten Budget so sein, dass ein Vergleich mit den vergangenen Jahren möglich sein wird. Auch die RPK hat die Rechnung der Werke gehabt und hat die angeschaut.



ER Willi Josel (SVP)

Ich kann es natürlich auch nicht auf den Franken genau auflösen, aber es gibt ja immer noch die Werkekommission, allzuviel hat die aber auch nicht zu sagen, aber wir gehen das Budget schon durch und fragen dort auch nach, wie wird es verbucht etc. Wie es dann in der Gemeinde verbucht wird, das kann ich auch nicht sagen, aber wir drei von der Kommission schauen schon nach und fragen auch, was mit dem Geld geschieht. Ich glaube sagen zu dürfen, so wie wir das gesehen haben, ist da nichts falsch.

Hans Schärner, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Ich möchte festhalten, dass ich in der Eintretensdebatte gesagt habe, dass die Konsolidierung nicht in allen Fällen so im Detail nachvollzogen werden kann. Da müssen wir uns auch auf die Angaben seitens der Finanzspezialisten verlassen, wie die konsolidieren. Bei Konsolidierungen kann man immer streiten. Ich möchte noch anmerken. Die Detailbudgets der Werke hatten wir nicht zur Verfügung. Noch zu Ernst Schläpfer. Es ist tatsächlich so, dass unter Verbrauchsmaterial auch Löhne verbucht sind.

ER Peter Gloor (SP)

Ich darf schon länger in dieser Kommission mitwirken. Früher hatten wir die Zahlen komplett im Griff. Heute entnehmen wir die Zahlen entgegen. Wir nehmen sogar noch vom Materialposten die Schieber entgegen, wie viele da noch an Lager liegen. Solchen Quatsch. Wenn die Rechnung von uns weggeht, wissen wir nicht ganz genau, wo das hier wieder verbucht wird. Wir haben hier exekutiv nichts mehr zu sagen.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2007, Seite 85, Konto 8300 Tourismus, Konto 8300.311.82 Anschaffung Fahnen

Gemäss Kommentar handelt es sich hier um die Kantonsfahnen entlang dem Rheinfallquai. Ich habe diese Fahnen schon mehrfach betrachtet. Diese Fahnen haben keine Löcher und nichts. Die



wirken absolut brauchbar und gut. Ich verstehe nicht, weshalb diese ersetzt werden müssen. Ich stelle jetzt nicht Antrag, diesen Budgetposten zu streichen, sondern ich möchte etwas anderes zu bedenken geben, wo dieses Geld viel besser eingesetzt werden kann. Es existieren im Rheinfallbecken viele kleine Tafeln und Täfelchen. Das schlimmste Beispiel ist etwa 5 Meter neben der Brücke zum Schlössli Wörth. Es gehört zum GRIP (Grenzüberschreitender Industriepark). Ein Laie würde das wahrscheinlich als schimmelig bezeichnen. Ich weiss es besser. Es sind Algen, die zwischen dem Papier und dem Plexiglas breit machen. Das wirkt schmutzdelig, hässlich und vergammelt und würde besser zu einer Geisterbahn als zu einer liebenswerten Gemeinde passen. Wenn Sie im Rheinfallbecken Geld ausgeben möchten, dann schicken Sie ein paar Arbeitslose, diese Tafeln zu reinigen und dort wo es nicht gereinigt werden kann, zu ersetzen.

GP Stephan Rawyler

Ich nehme den Hinweis sehr gerne entgegen. Ich werde mit Franz Baumann darüber sprechen, ob er jemanden hinunterschicken kann, dies zu reinigen. Es ist uns nicht möglich, einfach Arbeitslosen hinunterzuschicken, das geht nicht. Das müsste unter irgendeinem Programm gehen. Das kann man nicht einfach machen. Bezüglich der Fahnen muss ich Ihnen sagen. Der zuständige Fachmann der Gemeinde hat mir das so mitgeteilt, dass die Fahnen in einem Zustand seien, der nicht mehr toleriert werden kann. Auch die Sicherungen der Fahnen sind nicht mehr genügend. Das ist eigentlich dort unten das Hauptproblem. Offenbar windet es sehr stark dort unten und die Ösen sind nicht mehr gut. Ich werde aber sicher nochmals mit ihm sprechen und ihm sagen, dass ein kompetenter Mann gesagt hat, die würden noch 5 Jahren dort unten aushalten. Das würde mich selbstverständlich freuen, denn ich bin nicht bereit Geld auszugeben, wo es nicht nötig ist. Das kann ich Ihnen versichern. Die in der Gemeinde, die sind völlig ausgebleicht. Sie haben vielleicht den Eindruck, dass man einfach ein bisschen mehr Persil nehmen muss und dann strahlen die wieder. Das nützt aber gar nichts, die sind von Wind, Wetter und der Sonne verbleicht. Da kann man nichts mehr machen. Das ist natürlich auch eine Konsequenz, dass man damals bei der Anschaffung an beiden Orten eher bei der günstigeren Sorte geschaut haben, als bei der teuren.



GR Franz Baumann

Ich möchte hier noch etwas ergänzen. Nicht zu den Fahnen sondern zu den verschmutzten Hinweistafeln. Ich bin froh, dass Jakob Walter mir das sagt. Er sagt es hier. Er kann es mir auch sonst sagen, dass da etwas ist. Das ist besser, als dass man eine Interpellation schreibt über so einen kleinen Mist. Entschuldigung!

ER Jakob Walter (SP)

Nur ganz kurz. Ich wusste nicht, wer zuständig ist. Es ist auch ein Signet vom Ortsmarketing dort. Ich habe es Barbara Müller gesagt und sie hat abgelehnt.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Budget 2007, Seite 100, Konto 621 Parkplätze, Konto 621.501.01 Parkplatzumbau, BU 07

Um welchen Parkplatz handelt es sich hier?

GR Dino Tamagni

Hier geht es um das neue Parkplatzkonzept am Rheinfall. Hier geht es noch nicht um einen Umbau sondern um eine Planung. Man muss dort die ganze Schrankenanlage für die Busse und für die Autos sowie alle anderen Verkehrsteilnehmer überprüfen und gestalten. Dafür ist hier ein Projektierungskredit.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ich muss noch ein Versäumnis nachholen. Ich habe vergessen für den entschuldigten Thomas Theiler einen Ersatzstimmzähler zu bestimmen. Man hat mir zugetragen, dass Beat Gruber dieses Amt übernehmen würde und wenn kein Tumult im Saal ausbricht, nehme ich an, dass alle einverstanden sind.



Ziffer 1 der Anträge möchte ER Priska Weber wie folgt ändern und stellt damit folgenden Antrag:

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 103.0 Prozent.

Der Antrag wird mit 6 : 11 Stimmen abgelehnt.

Anträge:

1. Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 103.0 Prozent, wobei 2007 eine Reduktion von 1.0 Prozent auf 102.0 Prozent erfolgt.

Der Antrag Ziffer 1 wird mit 11 : 6 Stimmen angenommen.

2. Genehmigung des Voranschlages 2007 inkl. einer Erhöhung der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme von 2.5 %. Die individuelle Verteilung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Der Antrag Ziffer 2 wird mit 15 : 0 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

Ziffer 1 dieser Anträge untersteht gemäss Art. 14 lit. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.100) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag der einwohnerrätlichen Kommission betreffend Erneuerung der Kehrrichtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ich darf bezüglich dieses Traktandums Fritz Loosli, Betriebsleiter der KBA Hard begrüßen. Er stellt sich zur Verfügung und wird in der Debatte zu den technischen Fragen Red und Antwort stehen. Besten Dank Herr Loosli, dass Sie zu später Stunde noch für uns da sind.

Die Eintretensdebatte zu diesem Geschäft haben wir bereits im Vorfeld geführt. Eine Kommission ist bestimmt worden. Ich gebe dem Präsidenten der Kommission, Herrn ER Albert Gysin, das Wort.

ER Albert Gysin (SVP)

Die Kommissionen aus Neuhausen und der Stadt Schaffhausen haben an der Sitzung vom 20. September 2006 in der Mehrheit der Variante 1 d zugestimmt. Folgende Gründe sprechen zudem für die Variante 1 d. Die Projektentwicklung wurde mehrstufig durchgeführt. Im Jahre 2003 erarbeitete die Fachgruppe 3 Variante (1 bis 3) mit jeweils einer Untergruppe. Aufgrund dieses Informationsstandes entschied die Verwaltungskommission des Kläranlageverbandes die Variante 1 b weiter zu bearbeiten. Auf dieser Basis entwickelte sich die heute dem Antrag zugrunde liegende Variante 1 d. Im Rahmen der Ausarbeitung von 1 b zu 1 d veränderte sich das Projekt. Als neues Element werden die separat gesammelten Gründabfälle zu Biogas und anschliessend zu einem sauren Kompost verarbeitet. Die Mehrkosten für diese Änderung belaufen sich auf Fr. 3.7 Mio. Im bekannten Kostenstand 2003 war noch keine Mehrwertsteuer berücksichtigt. Mehrkosten gegenüber 2003 ca. Fr. 2.0 Mio. Im Weiteren zeigte sich bei zunehmender Projektbearbeitung, dass verschiedene bauliche Neuerungsarbeiten zusätzlich zum Stand 2003 dazukamen. Bunkerzustand, Gebäudehülle Sozialtrakt, Neukonzeption Kadaverstation. Die Variante 1 d enthält gegenüber dem Stand 2003 Kosten für Unvorhergesehenes von 5 % des Investitionsvolumens. Diese vier Veränderungen ergeben gegenüber 1 b von 2003 Mehrkosten von ca. Fr. 7.5 Mio. Mit dem heutigen Betrieb der KBA Hard hat man Erfahrung und will sie in diesem Sinne weiterführen. Die Chance, dass die Variante 1 beim Stimmbürger durchkommt ist gross. Die Arbeitsplätze können beibehalten werden. Die



Geruchsverbreitung in der näheren Region wird durch das neue Betriebskonzept und dem Einpacken der Ballen sehr oder ganz reduziert. Eine Kleinverbrennungsanlage wäre politisch wahrscheinlich chancenlos. Investitionskosten und Betriebskosten sind sehr hoch. Die grosse Preisdifferenz zwischen Variante 1 d und 3 b lässt sich mit folgenden Argumenten rechtfertigen. Bei Variante 3 b, billigere Variante: Hier haben wir ein grösseres Kehrichtvolumen. Kein Entzug von Wasser und der direkte Verlad auf die Lastwagencontainer wird wahrscheinlich von der Hard ausgeführt. Vermehrter Verkehr bei uns und eine Verlagerung in andere Regionen. Man will mit dem Kehricht nicht auf die Strasse, das wäre ja ein Blödsinn. Bei Variante 1 d, teurere Variante: Hier müssen Mehrkosten akzeptiert werden. Es ist unbedingt ein Bahnverlad für die Ballen in Beringen oder Neunkirch anzustreben. Somit kann der KBA Hard Verkehr durch Neuhausen verringert werden. Die Kehrichtmenge wird um über 50 % reduziert d.h. eine geringere Transportmenge. Die Umweltbelastungen für die Anlieferertransporte werden im Umweltverträglichkeitsvorbericht der Öko Geo AG als nicht zunehmend bewertet. Eine massive Verbesserung für Neuhausen wird im Jahre 2013 durch die Eröffnung des Galgenbuckeltunnels erwartet. Zu Variante 3 a ist folgende Bemerkung zu machen. Im Geschäftsjahr 2006 lieferte 21'000 Baranlieferer für ca. Fr. 550'000.00 Abfälle an die KBA Hard. Dies entspricht über 2'800 Tonnen. Was mit diesen Anlieferern in der Variante 3 a passiert ist offen. Sie werden bei einer Anlieferung an die Umladestation Herblingertal/Schaffhausen mehr Verkehr erzeugen und die Infrastrukturen der Umladestationen müssten verstärkt werden. Bei einem Abwandern dieser Anlieferergruppe zur Konkurrenz z.B. Schmid AG Abfallcenter Beringen wird sich die Betriebsrechnung um einer halbe Million verschlechtern, was eine Erhöhung des Anlieferpreises um Fr. 15.00 pro Tonne nach sich zieht. Zur Finanzierung. Der Antrag zur Finanzierung haben Sie erhalten. In Neuhausen fallen keine unmittelbaren Kosten an. Die Finanzierung läuft über den Verband. Ich bitte auf diese Vorlage 1 d einzutreten.

GR Franz Baumann

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir letztes Mal keine Eintretensdebatte gemacht haben. Wir sind direkt darauf eingestiegen, eine Kommission zu gründen und deshalb möchte ich Sie bitten, eine Eintretensdebatte zu machen. Der Kommissionspräsident hat das am Schluss auch gesagt, dass wir zuerst eine Eintretensdebatte abhalten. Ich möchte auch noch folgendes ergänzen. Der Gemeinderat hat am 25. Oktober den Bericht und Antrag durchgearbeitet und grossmehrheitlich den Antrag der Kommission resp. der Verwaltungskommission zugestimmt.

Eintretensdebatte:

ER Felix Tenger (FDP)

Für die FDP ist der Handlungsbedarf unbestritten. Davon konnte sich die Kommission ein Bild anlässlich einer Führung in der Hard machen. Die FDP ist der Meinung, dass etwas gemacht werden muss. Wir sind aber nicht überzeugt, dass der von der Kommission vorgeschlagene Weg der richtige ist.

Es gab ja verschiedene Varianten. Ich glaube es sind insgesamt 6 Varianten, die möglich waren. Ausgearbeitet wurde aber nur Variante 1. Diese Variante 1 orientiert sich sehr stark am Status quo und ist unserer Meinung nach vor allem eine Strukturierungsvorlage. Auf die Bedürfnisse der Gemeinden und der Bevölkerung von Neuhausen wird unserer Erachtens zu wenig oder gar keine Rücksicht genommen. Wenn Sie wissen, dass wegen der Hard 30'000 – diese Zahl ist nicht von mir – Lastwagen jährlich durch Neuhausen donnern, dann fragen sie sich vielleicht auch, ob Lebensqualität und gute Luft auch ein Kriterium war, welches bei der Variantenwahl eine Rolle spielte. Ich habe diese Frage in der Kommission gestellt und es konnte mir niemand eine zufrieden stellende Antwort geben resp. es ist gesagt worden, dass Neuhausen ja sowieso viel Verkehr habe und es auf die paar Lastwagen auch nicht mehr ankommen.

Jeder Kehrtraktor der Stadt und der anderen Verbandsmitglieder Feuerthalen und Flurlingen fährt durch Neuhausen in die Hard, dort wird Abfall zwischengelagert und dann mit Lastwagen wieder zurück durch Neuhausen zum Bahnverlad geführt. Das ist von uns aus gesehen ein ökologischer Unsinn. Gibt es keine bessere Lösung? Wir meinen ja. Variante 3 a, bei welcher der ganze Abfall ohne Bearbeitung von einer Bahnverladestation in die Kehrtraktorverbrennungsanlage geführt wird, ist unserer Meinung nach ökologisch viel sinnvoller und hätte den Hauptvorteil, dass Zehntausende von Lastwagen nicht mehr durch Neuhausen fahren würden. Dazu kommt, dass diese Variante auch Fr. 10 Mio. weniger kosten würde. Das ist auch nicht zu verachten, wurde aber offensichtlich auch nicht berücksichtigt.

Variante 3 a ist in der Vorlage nicht so detailliert ausgearbeitet wie Variante 1. Offensichtlich haben die Verfasser den direkten Vergleich gescheut, ein objektiver Vergleich mit den vorliegenden Unterlagen ist jedenfalls nicht möglich. Wir möchten darum eine faire Gegenüberstellung (auf



gleicher Augenhöhe, im gleichen Detaillierungsgrad) von Variante 1, wie sie jetzt die Kommission vorschlägt und Variante 3 a. Die Fraktion der FDP beantragt darum Rückweisung an die Kommission zur detaillierten Beurteilung von Variante 1 und Variante 3 a, mit vorgängig klar definierten Kriterien. Wir können der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

ER Beat Gruber (CVP)

Die Fraktion der CVP hat sich nochmals erneut mit der Erneuerung der KBA Hard beschäftigt. Dass ein dringender Erneuerungsbedarf besteht, wird wohl niemand bezweifeln, der diese Anlage mal von Innen gesehen hat. Mit den Investitionen von Fr. 920 Mio. kann der ganze Abfallprozess auf ein heutiges Niveau gehoben werden. Wichtig erscheint für uns auch, dass durch die neu vollständig geschlossene Verarbeitung des Abfalls die Geruchsbelästigung auf null fällt, da die Abluft gefiltert wird. Auch wird die Anlieferung von privatem Abfall und Sperrgut neu geregelt. Die heutige gefährliche Situation mit Auto- und Lastwagenverkehr wird neu auf zwei Plätze verteilt. Auch darum drängen wir auf den Galgenbucktunnel betr. Abfall LKW's. Mit der Vergärung von Grünabfällen kann künftig auch Biogas hergestellt werden, das gleich von der Anlage als Strom und Wärme genutzt wird. Die Fraktion wird darum auf die Vorlage eintreten.

ER Willi Josel (SVP)

Auch wir werden auf die Vorlage eintreten. Es ist nötig. Wir wollen jetzt zu den Details noch nicht Stellung nehmen, weil wir haben ja Fritz Loosli hier, der uns vertieft Auskunft geben wird im Verlauf der Diskussion und wir werden erst dann entscheiden, wie wir vorgehen werden.

ER August Hafner (SP)

Die aus Mitgliedern des Einwohnerrates und des Stadtrates bestehende Kommission hat die Vorlage der Verwaltungskommission des Klaranlageverbandes gründlich geprüft und dabei den anwesenden Fachleuten auch kritische Fragen gestellt, die aus meiner Sicht steht's kompetent und überzeugend beantwortet werden konnten und für jeden, der die bestehende Anlage in Beringen besichtigt hat ist klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Und so, wie sich die KBA heute präsentiert, kann sie nicht mehr viel länger weiter betrieben werden. Vor allem die



veralterten mechanischen Teile sind störanfällig geworden und die Sicherheit des Betriebspersonals ist auch nicht mehr optimal gewährleistet. Nach einer seriösen Prüfung verschiedener Handlungsoptionen rät uns die Verwaltungskommission, die aus den Vertretern der vier Verbandsgemeinden besteht, die bestehende Anlage zu modernisieren und die Kapazität des Ballenlagers zu steigern. Diese Option, wurde in den beiden Kommissionssitzungen sehr klar allen Anwesenden erklärt. Es bestand die Gelegenheit dazu Fragen zu stellen. Felix Tenger war Mitglied dieser Kommission und ich verstehe eigentlich heute nicht mehr, warum er jetzt heute wieder Fragen aufwirft, die dort eigentlich sehr breit diskutiert worden sind und die letztlich mit allen Stimmen der Anwesenden aus dem Grossen Stadtrat und dem Neuhauser Einwohnerrat ohne Gegenstimme auch akzeptiert worden sind. Ich wundere mich schon, warum wir jetzt hier wieder Kommissionssitzungen nachholen sollen, die bereits durchgeführt worden sind. Ebenso, wie die Verwaltungskommission haben auch die Kommission des Einwohnerrates und die Spezialkommission des Grossen Stadtrates mit der Verabschiedung der Vorlage andere Varianten ganz klar verworfen. Nämlich die Varianten 3 a und 3 b, die keine Vorbehandlung des Schwarzabfalls in der KBA sondern den direkten Verlad und Abtransport in die Kehrriechenanlagen vorsieht. In der Kommission wurde der Erneuerung der bestehenden Anlage ohne Gegenstimme zugestimmt. Das letztlich auch mit überzeugenden und guten Gründen. Denn der vorgesehene Weiterbetrieb der KBA Hard vermindert die Abhängigkeit von auswärtigen Kehrriechenanlagen und das ist ein sehr wichtiger Punkt und sichert auch Arbeitsplätze in unserer Region. Für die SP Fraktion sind das sehr wichtige Anliegen und darum werden wir auf diese Vorlage eintreten und auch den gestellten Anträgen zustimmen.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS ist der Meinung, dass die Variante 1 b ein sehr durchdachtes Konzept ist. Die Komponenten sind offenbar aufeinander abgestimmt. Lokal behandelt wird Klärschlamm/Gründabfall vergärt und die Verbrennung geschieht auswärts in einer grossen Anlage mit neuer Technologie und guten Filtern. Der einzige Wehrmutstropfen ist der Standort der Verladeanlage in der Stadt Schaffhausen. Das gibt unnötige Transporte. Ich denke wir müssen unbedingt noch mit der Bahn intensiver verhandeln, damit in Beringen oder auch Neunkirch verladen werden kann und mit den heutigen Wechselcontainern ist das auch keine grosse Investition. Die ÖBS stimmt der Vorlage zu.



GR Franz Baumann

Ich möchte mich noch für die doch mehrheitlich gute Aufnahme der Vorlage bedanken. Ich weiss jetzt nicht vom Verfahren her. Es wurde ja ein Antrag auf Nichteintreten gestellt, ob man das jetzt aufnehmen muss.

GP Stephan Rawlyer

Eintreten war nicht bestritten. Von keiner Fraktion. Wir haben sogar ausdrücklich gehört, wer die Anlage gesehen hat, der anerkennt, dass man etwas machen muss. Das hat Felix Tenger auch so gesagt, aber jetzt kommt meines Erachtens der Antrag von Felix Tenger auf Rückweisung an die Kommission, bevor Sie auf das Detail eintreten. Sie sind jetzt auf das Geschäft eingetreten und jetzt steht ein Antrag im Raum auf Rückweisung an die Kommission. Jetzt können Sie ja oder nein dazu sagen. Wenn Sie nein dazu sagen, dann macht es Sinn in die Detailberatung zu gehen und wenn Sie ja zum Antrag von Felix Tenger sagen, dann geht es zurück an die Kommission und wir können uns den restlichen Geschäften widmen.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Für mich ist es jetzt relativ schwierig einen Entscheid zu treffen, ohne dass ich die Detailgründe gehört habe, weshalb wir das zurückweisen sollen und von daher würde ich schon lieber mal über die ganze Geschichte sprechen und danach entscheiden, ob wir das in die Kommission zurückgeben oder nicht, weil wenn sich nämlich die Befürchtungen von Felix Tenger erhärten, weisen wir das zurück oder wir stimmen zu.

ER Willi Josel (SVP)

Ich stimme Christian Di Ronco voll und ganz zu. Wir können doch jetzt nicht aufhören. Wir haben den Fachmann hier und wir erwarten Auskünfte. Der Antrag kann allenfalls am Schluss gestellt werden. Zumindest nachdem wir Fritz Loosli gehört haben und sicher nicht schon jetzt.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich ziehe meinen Antrag zurück und werde ihn später nochmals stellen.

Detailberatung:

ER Felix Tenger (FDP)

Seite 5 und 6, Variantenentscheid

Wenn man die Unterlagen durchsieht, dann merkt man, dass die Varianten für den ersten Variantenentscheid sehr rudimentär ausgearbeitet worden sind z.B. auch von der Kostenseite her z.B. Variante 3 a, ca. Fr. 12 Mio. bis Fr. 13 Mio. bei der vertieften Betrachtung waren es dann plötzlich Fr. 20 Mio. Also wir haben wir Kostensteigerungen. Es würde mich einerseits interessieren zu den Kriterien, die hier aufgeführt sind. Investitionen, Betriebsrisiko Realisierungschancen, Regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze und eigener Erfahrungsschatz, aber gar nicht drin enthalten sind meiner Meinung nach Faktoren wie Lebensqualität oder ruhige Luft, keine Emissionen durch Lastwagen etc., weil all diese Lastwagen durch Neuhausen fahren. Ich vermisse das einfach in dieser Bewertung und von daher gesehen, wenn ich diese 4 Kriterien anschau, nachdem diese Varianten beurteilt wurden, dann muss ich einfach sagen, es wurde schon von Anfang an darauf geachtet, dass die Kriterien so stimmen, dass man die Strukturerhaltung weiterbetrieben kann. Von mir aus fehlen ganz klar Kriterien, die die Ökologie entsprechen mitberücksichtigen wie auch die Lebensqualität mitberücksichtigen und nicht nur in Neuhausen auch der Anwohner der Enge, denn soviel ich weiss, ist die KBA Hard in der Enge nicht gerade beliebt und wenn wir das jetzt einfach so übergehen, dann finde ich das ein bisschen seltsam, muss ich ehrlich sagen. Ich hätte gerne zum Variantenentscheid betr. Kriterien noch mehr Erläuterungen.

ER Ernst Schläpfer (SP)

An und für sich meine ich natürlich auch, dass die ganze Sache in die Kommission gehört hätte und man dort darüber hätte diskutieren müssen und nicht hier. Dafür macht man ja eine Kommission. Ich finde es ein bisschen seltsam und ein bisschen den Kopf in den Sand gesteckt.



Wir produzieren Abfälle, wir produzieren auch AKW Abfälle etc. Dort hat die FDP eine ganz andere Position und ich bin der Meinung, dass wir es uns über längere Zeit nicht leisten können, die Abfälle zu produzieren und sie dann möglichst weit wegzuschieben. Wenn wir Abfälle produzieren, dann sollen wir sie auch selber entsorgen und zwar möglichst nahe entsorgen und dass dann ein paar Menschen darunter leiden, das ist selbstverständlich. Aber man kann den Kopf auch in den Sand stecken und exportieren die Abfälle und schicken die irgendwohin nach Westafrika oder irgendwohin. Das geht einfach nicht! Und es wird ökologisch nie gehen, wenn man das so macht. Es gehört sich, dass man die Abfälle hier entsorgt, möglichst nahe und möglichst schnell. Alles andere ist eine ökologische Schweinerei.

Fritz Loosli, Betriebsleiter KBA Hard

Wir haben hier ein Missverständnis, Herr Tenger. Es steht, dass 30'000 Anlieferungen in die Hard kommen und Sie sagen jetzt, es sind 30'000 Lastwagen, haben aber im gleichen Atemzug gesagt, dass es 22'000 Privatanlieferer sind, die eigentlich mit dem PW anliefern. Einfach damit wir hier die Belastungen auch von Neuhausen etwas relativieren. Ein Teil dieser Anlieferer, die kommen auch aus dem Klettgau und belasten Neuhausen nicht zusätzlich. Wir müssen sehen, wir haben also zwischen 8'000 und 10'000 Anlieferungen im Jahr, die effektiv im Lastwagen kommen. Die grosse Mengen, nach der Einführung der Sackgebühr, sind Private und sog. Barzahler sind. So habe ich es damals dargelegt. Es sind nicht 30'000 Lastwagen, die hier bewegt werden. Auf der anderen Seite haben wir den Umweltverträglichkeitsbericht von der Öko Geo drin. Die Öko Geo geht auf den Verkehr ein in diesem Verträglichkeitsbericht und das ist der Grund, weshalb die Fachgruppe nicht mehr auf das eingegangen ist. Das ist praktisch mit der ersten, wir haben insgesamt dreimal einen Umweltverträglichkeitsbericht gemacht. Die Öko Geo ist eine etablierte und anerkannte Firma, die das macht und dann sehen wir nicht ein, dass wir hier nochmals nachbessern müssen. Bezüglich der Lebensqualität haben wir es einer externen Firma überlassen, das zu beurteilen und als hier eine Einwände kamen, haben wir uns eigentlich sicher gefühlt. Einfach, dass wir das hier mal in die Realität hereingebracht haben. Es ist nicht nicht beurteilt worden, sondern es ist von der Öko Geo beurteilt worden. Es ist natürlich nicht im Papier der Kommission drin, weil es im Papier der Öko Geo drin enthalten ist, bezüglich Verkehr, Umwelt, Lärm etc. Ich meine, wir haben die Arbeit so gemacht, wie wir es z.B. bei der ARA Röti u.s.w. gemacht haben. Dies, um es aus unserer Sicht erklären zu versuchen.

ER August Hafner (SP)

Wir stecken jetzt ja mitten in der Kommissionssitzung drinnen. Das stinkt mir sehr. Das muss ich Ihnen sagen. Alle diese Zahlen zum Verkehr lagen auf den Tischen und sie liegen auch bei jedem Mitglied des Einwohnerrates auf dem Tisch. Herr Loosli hat darauf hingewiesen, im Umweltverträglichkeitsbericht der Öko Geo ist dieses Kapitel abgehandelt und der Zug und Wegfahrtsverkehr macht auf der Trasadingerstrasse im Bereich der Enge 2 % bis 3 % des Verkehrsaufkommens auf. Der grösste Teil von diesen 2 % bis 3 % sind eben keine Lastwagen. Und wenn Sie das jetzt hochrechnen auf der stärker belasteten Strasse von Neuhausen am Rheinfall, dann dürfte der Lastwagenverkehr von und zur KBA Hard weniger als 1 % ausmachen. Ich bin auch der Meinung, dass jeder Lastwagen, der durch Neuhausen donnert, einer zuviel. Ich möchte jetzt ans Votum von Ernst Schläpfer anschliessen, dass wir unsere Hausaufgaben in unserer Region lösen sollen und der Lastwagenverkehr eben dazugehört, dann ist das wirklich vernachlässigbar.

ER Felix Tenger (FDP)

Mit diesen 30'000 Transporten. Diese Zahl kommt nicht von mir. Die wurde in der Kommission aufgeworfen und es wurde da ganz klar, ich zitiere: "Wir haben gehört, dass es sich um ca. 30'000 Transporte – Tendenz zunehmend – handelt. Ich gehe davon aus, dass die meisten dieser Transporte von den Verbandsgemeinden her abgewickelt werden. Was bedeuten würde, dass sämtliche Wagen durch die Ortschaft Neuhausen führen müssten. Dies wurde berücksichtigt. Die Öko Geo hat ein UVB ausgearbeitet. Im UVB steht beim Verkehr. Da keine Veränderung des Verkehrs und damit dem Umweltbereich Luft und Lärm zu erwarten sind, wird dem Verkehr keine hohe Wertigkeit zugeordnet. Es werden keine weiteren Untersuchungen durchgeführt." Da muss ich schon sagen, da wurde von mir aus gar nicht berücksichtigt, dass man auch eine Variante anschauen könnte, wo der Lastwagenverkehr nicht durch Neuhausen durchfährt. Ist klar, dass diese Variante UVB genügt, aber es gehen nach wie vor extrem viele Lastwagen durch Neuhausen ob das jetzt 10'000 oder 20'000 sind. Ich stimme absolut zu, jeder ist einer zu viel. Wenn man das vermeiden könnte, indem man eine andere Variante entsprechend mal näher anschaut und allenfalls die Bahntransporte direkt machen könnte, wieso soll man das nicht machen. Betreffend diese Kommissionssitzung wird jetzt im Einwohnerrat abgehalten. Ich habe den Antrag gestellt, Rückweisung an die Kommission. Es wurde dann gesagt, wir möchten zuerst



diskutieren, jetzt wird wieder gemeckert, dass wir hier eine Kommissionssitzung abhalten. Also bitte.

ER Jakob Walter (SP)

Für einmal gibt es hier von mir eine verbale Prügel. Ich spreche von Freude, dass die FDP die Belastung von Lastwagenabgase als ein Problem empfindet. Das spricht für die Zukunft des Trolleybusbetriebes.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Ich habe noch eine Frage zum Bahnverlad in Beringen. Es heisst im Bericht, dass das anzustreben sein. Das wäre ja eigentlich eine sehr positive Schiene. Können wir das verpflichtender formulieren oder anzustreben wäre vielleicht, Sankt Nimmerleinstag? Kann man aus dieser Formulierung mehr rausholen?

ER Willi Josel (SVP)

Es geht in die gleiche Richtung. 1 d ist mir sehr sympathisch, aber ich hätte es auch gerne, wenn man die verbindliche Zusage hätte, dass mit der Bahn abgeführt wird.

Fritz Loosli, Betriebsleiter KBA Hard

Herr Josel, jetzt müssen Sie noch den Ort angeben, denn wir machen es ja schon mit der Bahn. Es ist während der Kommissionssitzung von Hansjörg Müller und von Peter Kämpfer erwähnt, dass mit der SBB Diskussionen sind. Es hat eine Präsentation der SBB gegeben, wie der Güterverkehr in Zukunft in Schaffhausen laufen sollte. Man hat dann angesprochen bezüglich dem Problem des Abfalls von der KBA Hard und von der Rückmeldung und es wurden Hoffnungen geweckt und ich lesen jetzt kurz vor, was ich letzte Woche erhalten haben: "Aus folgenden Gründen kann kein ACDS Verkehr aus dem Klettgau gemacht werden. A) Lastgrenzen: Reduzierte Lastgrenze zwischen Schaffhausen und Neuhausen DB wegen erhöhter Steigung, sodass neben dem



anderen Güterverkehr die ACDS nicht vollumfänglich mitgenommen werden könnten. B) Zeitknappheit für Rangierungen: Wegen dichtem Zugsverkehr müssen Tageszeiten dringend eingehalten werden. In Beringen müssen die Wagen umfahren werden. Die dafür bemessene Zeit von 12 Minuten würde nicht ausreichen und eine Stunde Wartezeit auslösen." Die Linie scheint gar nicht in der Lage zu sein, das zu machen. Wir haben's aber über Jahre gemacht. Von ca. 1989 bis ca. 1997. Da ist es gegangen und jetzt scheint es nicht mehr zu gehen. Hier ist meiner Meinung nach keine kompetente Antwort gegeben worden.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Wenn man nicht will, dann geht es nicht. Mit den Zuckerrüben geht es jetzt im Klettgau auch. Es gibt auch noch andere Transportunternehmer, nebenbei. Im Mittelland gibt es verschiedene private Firmen, die mit einigen Kehrriichtbahnwagen herumfahren. Es funktioniert. Ich sehe das nicht ein. Ich denke, wir müssen hier wirklich Druck machen.

Fritz Loosli, Betriebsleiter KBA Hard

Das Problem ist ja nicht, dass es nicht geht. Wir transportieren im Winter täglich 5 bis 6 Bahnwagen nach Buchs. Es geht absolut und problemlos vom Bahnhof Schaffhausen. Es ging über Jahre vom Bahnhof Beringen und einzig wegen den Zuckerrübenzeiten mussten wir ausweichen, weil diese ältere Rechte hatten. Es geht nicht darum, dass es nicht möglich ist. Das haben wir bewiesen, aber scheinbar will man nicht.

ER Felix Tenger (FDP)

Seite 11, Umweltverträglichkeit

Bei hinterlässt das einfach ein ungutes Gefühl im Bauch und mit dem Bauch liegt man ja meistens nicht unbedingt schlecht. Ich bin zuwenig Experte in diesem Gebiet. Ich habe mich jetzt im Vorfeld dieser Vorlage etwas damit beschäftigt und auch festgestellt, dass wir nach wie vor einen Pionierbetrieb haben, auch nach 20 Jahren. Ich möchte einfach nochmals daran erinnern, dass wir einfach dieser Variante 3 nochmals eine Chance geben möchten, dass wir die auf die gleiche Höhe heben, wie die Variante 1 und nochmals ausgearbeitet wird und effektiv die Vor- und



Nachteile dieser Varianten miteinander abgewogen werden können und zwar 1 : 1 und auch gleicher Augenhöhe, dann würde man relativ klar sehen, ob nun wirklich Variante 1 die bessere Lösung ist. Ich bin überzeugt, dass die Variante 1 für die KBA Hard die beste Lösung ist, aber es wurde einfach zu wenig berücksichtigt, was ist für Neuhausen wirklich empfehlenswert und lohnenswert.

ER Felix Tenger (FDP)

Wenn wir jetzt mit der Beratung durch sind, stelle ich jetzt meinen Antrag um Rückweisung des Geschäftes an die Kommission zur detaillierten Beurteilung von Variante 1 und Variante 3 im gleichen Detaillierungsgrad und auf gleicher Augenhöhe.

ER August Hafner (SP)

Ich habe noch eine Bemerkung zu diesem Antrag. Sie müssen einfach bedenken, dass wenn Sie jetzt diesem Antrag so jetzt stattgeben, dann reichen Sie die ganze Vorlage zurück an die Kommission des Einwohnerrates. Diese besteht aus 7 Mitgliedern unter anderem ist auch der Antragsteller Felix Tenger dabei. Diese 7 Mitglieder haben dann die Aufgabe eine Variante auszuarbeiten und zu vertiefen, die in diesem Bericht erwähnt ist. Ich muss Ihnen sagen, ich als normales Kommissionsmitglied kann da nicht mitarbeiten. Ich sehe da nicht durch. Wir sind also auf externe Hilfe angewiesen und ich möchte den Antragsteller bitten, dass er gleich noch einen Kreditantrag unterbreitet, damit wir auch Fachleute anstellen können, die uns diese Variante vertieft ausarbeiten können.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ich bitte nun den Antragsteller, seinen Antrag präzise zu formulieren, damit alle wissen, wie er genau formuliert ist.



ER Felix Tenger (FDP)

Antrag:

Ich beantrage Rückweisung des Geschäftes an die Kommission zur detaillierten Beurteilung von Variante 1 und Variante 3 im gleichen Detaillierungsgrad und auf gleicher Augenhöhe.

Der Antrag wird mit 13 : 3 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Anträge:

1. Die Einwohnergemeinde stimmt der Erneuerung der KBA Hard zu und bewilligt für den auf die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall entfallenden Kostenanteil einen Bruttokredit von Fr. 6'177'000.00.

Für Teuerungen werden folgende Kostenindizes verwendet:

- Bauhauptgewerbe: Produktionskostenindex PKI, Sparte 3, Tiefbauarbeiten, Juli 2005 = 100; Sparte 7, Hochbauarbeiten, Juli 2005 = 100.0.
- Mess-, Steuer, Regel- und Elektrotechnik (MSRE): Teuerung nach VSEI (Verein Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen) 2005 = 100.0.
- Elektromechanische Ausrüstungen: Teuerung nach Gleitpreisformel des VSA, ALB (Vereinigung Schweizerischer Abwasserfachleute, allg. Offert- und Lieferbedingungen), Juli 2005 = 100.0 für Material, Juli 2005 = 100.0 für Löhne.
- Ingenieurarbeiten: Landesindex der Konsumentenpreise, Juli 2005 = 100.0.

Der Antrag Ziffer 1 wird mit 14 : 3 Stimmen angenommen.

2. Für die Erneuerungsinvestitionen wird eine lineare Abschreibung von 17 Jahren vorgesehen.

Der Antrag Ziffer 2 wird mit 14 : 1 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.



3. Die Vorlage gelangt am gleichen Tag wie diejenige der Stadt Schaffhausen zur Abstimmung.

Der Antrag Ziffer 3 wird mit 17 : 0 Stimmen (einstimmig) angenommen.

4. Präsidialer Hinweis: Insgesamt müssen 3 Verbandsgemeinden dieser Vorlage zustimmen, wobei die Stadt Schaffhausen dabei sein muss.

Ziffer 1 und Ziffer 2 dieser Beschlüsse untersteht gemäss Art. 11 lit. g der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 100.1) dem obligatorischen Referendum.

GP Stephan Rawyler

Ich habe noch eine technische Frage. Wehrt sich der Einwohnerrat dagegen, dass wir aus Ziffer 1 und Ziffer 2 eine einzige Abstimmungsfrage machen?

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Der Rat ist damit einverstanden. Herzlichen Dank an Fritz Loosli für die Beantwortung der Fragen. Wir wünschen Ihnen einen schönen Abend.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP stellt den Antrag, dieses Geschäft einer Kommission zuzuweisen und das Geschäft in einer Kommission zu besprechen.

ER Christian Schwyn (SVP)

Die SVP ist derselben Ansicht und schlägt eine 5-er Kommission vor um dieses Geschäft zu behandeln.

ER August Hafner (SP)

Ich teile Ihnen noch mit, dass ich bei diesem Geschäft in den Ausstand treten werde, weil ich im Auftrag der Bauverwaltung einen Vorentwurf dieser Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge juristisch geprüft habe.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Wir bilden eine 5-er Kommission. Gemäss Turnusliste ist die FDP fürs Präsidium an der Reihe. Ich bitte um Ihre Vorschläge.



Die 5-er Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 17 : 0 Stimmen eine 5-er Kommission eingesetzt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Markus Anderegg (FDP), Präsidium

Priska Weber (SP)

Ernst Schläpfer (SP)

Christian Di Ronco (CVP)

Albert Gysin (SVP)

Das Geschäft ist vorerst erledigt.

TRAKTANDUM 5 Bericht und Antrag betreffend Feuerwehrverordnung

ER Christian Di Ronco (CVP)

Auch hier schlagen wir für dieses Geschäft eine 5-er Kommission vor, um dieses Geschäft zu beraten.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Es ist eine 5-er Kommission vorgeschlagen. Gemäss Turnusliste ist die SP/ÖBS fürs Präsidium an der Reihe. Ich bitte um Ihre Vorschläge.

.

Die 5-er Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 17 : 0 Stimmen eine 5-er Kommission eingesetzt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Jakob Walter (SP), Präsidium

Ueli Furrer (ÖBS)

Beat Gruber (CVP)

Christian Schwyn (SVP)

Walter Herrmann (FDP)

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



**TRAKTANDUM 6 Interpellation Walter Herrmann betreffend Massnahmen gegen
Vandalismus und Unordnung**

Die Beantwortung der Interpellation wird auf die nächste Sitzung verschoben, da der Interpellant nicht anwesend ist.

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Somit haben wir die ganze Traktandenliste abgearbeitet.

Ich möchte mich bei Ihnen recht herzlich für die gute Diskussion und engagierten Voten bedanken und wünsche Ihnen einen guten Abend. Wir sehen uns wieder am 7. Dezember 2006. Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Markus Anderegg
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin